

A stylized map of North Africa, specifically focusing on Algeria, Morocco, and Tunisia. The map is composed of a grid of dots, with some dots highlighted in red to indicate specific locations or points of interest. The dots are arranged in a way that suggests the geographical shape of the region.

Mehr als nur Herkunftsländer

Migrationsmuster in Algerien, Marokko und Tunesien

KATHARINA NATTER

August 2016

- Die europäische Berichterstattung zu Migration im Maghreb weist viele blinde Flecken auf. So bleibt oft unerwähnt, dass Migration für Algerien, Marokko und Tunesien kein neuartiges Phänomen ist, sondern sich in Jahrhunderte der Mobilität im Sahara- und Mittelmeerraum einfügt. Auch betrachtet sie die Länder meist als einheitlichen Block und übersieht die Unterschiede zwischen ihnen. Schließlich blendet sie die Perspektive der Maghreb-Staaten und ihre innen- wie außenpolitischen Interessen weitgehend aus.
- Die Maghreb-Staaten sind nicht nur Herkunfts-, sondern auch Transit- und Zielländer von Migrant_innen. Frankreich ist historisch das wichtigste Zielland, doch in den letzten Jahrzehnten wurden besonders Italien und Spanien zu bevorzugten Destinationen. Deutschland folgt ininigem Abstand. Als Folge zunehmender europäischer Restriktionen wurde die zirkuläre Migration der Ära der Gastarbeiter_innen durch zunehmend irreguläre Migration ersetzt. Gleichzeitig sind die Maghreb-Staaten heute als Einwanderungs- und Transitländer für Migrant_innen und Geflüchtete aus Afrika, Asien und Europa mit Fragen von Integration und Diversität konfrontiert, wie wir sie aus Europa kennen.
- All diese Entwicklungen finden nicht losgelöst von der Politik statt. Im Wechselspiel von Migrationsdynamiken und Migrationspolitik spielen die Maghreb-Staaten ebenso eine Rolle wie Europa oder andere afrikanische Staaten. Aktuelle Debatten, in denen Migration auf ein »Problem« reduziert wird, das es zu »lösen« gilt, sind nicht zielführend, da Migration ein struktureller Bestandteil von sozialen, wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen sowohl in Herkunfts- als auch in Zielländern ist.



Inhalt

1. Einleitung: Ein Perspektivwechsel	2
2. Migration im Spiegel der Zeit: Ein historischer Rückblick	3
3. Die Herkunftsländer Algerien, Marokko und Tunesien	4
3.1 Überblick: Zahlen und Fakten	4
3.2 Das Wechselspiel zwischen Ein- und Auswanderungspolitik in den drei Phasen der Auswanderung	8
3.3 Auswanderung als Entwicklungsfaktor?	11
4. Der Maghreb als Einwanderungsregion	13
4.1 Überblick: Zahlen und Fakten	13
4.2 Die Migrationspolitik der Maghreb-Staaten als innen- und außenpolitisches Instrument	16
4.3 Migration und Integration als Herausforderung für die Gesellschaften des Maghreb	18
5. Fazit: Zukunftsszenarien und Handlungsspielräume	20
Literatur	22



1. Einleitung: Ein Perspektivwechsel

In der europäischen Migrationsdebatte spielen die drei Maghreb-Staaten Algerien, Marokko und Tunesien seit den frühen 1990er-Jahren eine zentrale Rolle. Die Bilder, die diese Debatten begleiten, sind uns gut bekannt: Es sind Bilder von Fischerbooten, auf denen Migrant_innen und Geflüchtete aus Nord- und Subsahara-Afrika das Mittelmeer von Tunesien nach Lampedusa oder von Marokko nach Gibraltar zu überqueren versuchen; Bilder von meterhohen Stacheldrahtzäunen um die spanischen Enklaven Ceuta und Melilla im Norden Marokkos oder von Lastwagen und Pick-ups, die mit Menschen und Gütern beladen die algerische Wüste durchqueren. Spätestens seit der Diskussion um die Einstufung der drei Maghreb-Staaten als sichere Herkunftsländer im Frühling 2016 stehen Algerien, Marokko und Tunesien nun auch im Zentrum der deutschen Migrationsdebatte.

Die Berichterstattung zur Migration in und aus dem Maghreb weist jedoch viele blinde Flecken auf. Die öffentliche Debatte wird dominiert von unzureichend fundierten Szenarien, die einen »Bevölkerungsexodus« aus Afrika prophezeien, oder von Analysen, die Migrationsursachen auf Armut und Krieg reduzieren, statt den komplexen Zusammenhängen von individuellen Beweggründen und strukturellen Faktoren Raum zu geben. Auch politische Maßnahmen konzentrieren sich darauf, das »Problem« Migration zu »lösen«, sprich aufzuhalten oder einzudämmen, sei es physisch durch Zäune und Überwachungstechnologien, symbolisch durch bürokratische Hindernisse und restriktive Einwanderungsbedingungen oder politisch durch Entwicklungsgelder und Kooperation mit den Herkunftsländern.

Drei zentrale wissenschaftliche Erkenntnisse zu Migration im Mittelmeerraum werden in dieser von Vorurteilen dominierten Berichterstattung oft übersehen: Erstens ist Migration für den Maghreb kein neuartiges Phänomen. Sie fügt sich ein in Jahrhunderte der Mobilität im Sahara- und Mittelmeerraum. Die historischen Wurzeln und die Vielschichtigkeit der heutigen Migrationsströme, bei denen Ein- und Auswanderung aus den unterschiedlichsten Gründen (z.B. Flucht, Ausbildung, Arbeit, Familie) ineinandergreifen, werden jedoch selten erwähnt. Betrachtet man die historischen Migrationsbewegungen, so zeigt sich, dass Algerien,

Marokko und Tunesien nicht nur Teil des mediterranen Migrationssystems¹ zwischen Europa und Nordafrika sind, sondern in gleichem Maße in das westafrikanische Migrationssystem zwischen Subsahara- und Nordafrika eingebunden sind.

Zweitens können die drei Maghreb-Staaten, trotz all ihrer Gemeinsamkeiten, nicht in jeder Hinsicht als Einheit betrachtet werden. Die politische Geschichte, demografische Entwicklung und wirtschaftliche Struktur der drei Länder ist nur bis zu einem gewissen Grad vergleichbar. Ein umfassendes Verständnis der Migration in den und aus dem Maghreb muss deshalb auf der Kenntnis länderspezifischer und vor allem langfristiger gesellschaftlicher Transformationsprozesse in Algerien, Marokko und Tunesien basieren. Dazu gehören unter anderem regionale Sicherheit, Demokratiebestrebungen, wirtschaftliches Wachstum, demografische Entwicklung, Bildungsreformen und Arbeitsmarktstrukturen. Diese werden allerdings häufig zugunsten einfacher Variablen wie Krieg und Armut ignoriert.

Drittens ist Migration im Maghreb in der Form, wie sie sich heute gestaltet, nicht nur ein Produkt europäischer bzw. französischer, spanischer, italienischer oder deutscher Einwanderungspolitik, wie oft angenommen wird. Da internationale Migration ein Phänomen ist, das mindestens zwei – meist jedoch mehrere – Staaten involviert, muss jede umfassende Migrationsanalyse die Politik sowohl der Herkunfts- als auch der Zielländer mit einbeziehen. Die Selbstverständlichkeit dieser Aussage spiegelt sich jedoch nicht in der europäischen Debatte wider, in der die Maghreb-Staaten meist als passive und nicht als selbstbestimmte Akteure betrachtet werden.

Ziel dieser Studie ist ein Perspektivwechsel. Nicht die europäische Erfahrung mit Migration aus dem Maghreb steht im Vordergrund, sondern die Erfahrungen Algeriens, Marokkos und Tunesiens mit Einwanderung, Transit und Auswanderung. Die historischen und aktuellen Fakten, die hier zusammengetragen werden, verdeutlichen die Komplexität der Migrationsfrage in diesen drei Ländern: Migration aus dem Maghreb

1. Ein Migrationssystem ist ein Netzwerk aus Ländern bzw. spezifischen Städten und Regionen, die durch wechselseitige Migrationsbewegungen sowie durch den Austausch von Kapital, Gütern, Informationen und Ideen in beide Richtungen charakterisiert sind (Kritz, Lim and Zlotnik 1992).



nach Europa ist dabei ebenso zentral wie Migration von Europa oder Subsahara-Afrika Richtung Maghreb. In diesem Geflecht von Migrationsbewegungen spielt eine Vielzahl von Akteuren eine Rolle, deren Interessen und Strategien für ein umfassendes Verständnis von wesentlicher Bedeutung sind: die Europäische Union (EU), einzelne europäische Mitgliedsstaaten, die Maghreb-Staaten selbst sowie wirtschaftliche und zivilgesellschaftliche Akteure in Europa und Afrika. Der geschichtliche Rückblick und die vergleichende Untersuchung der drei Staaten zeigt des Weiteren, wie wichtig eine differenzierte Betrachtung ist, welche Migration in und aus dem Maghreb nicht als »Problem«, sondern als festen Bestandteil von wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen in Europa und Afrika ansieht.

2. Migration im Spiegel der Zeit: Ein historischer Rückblick

Historische Mobilität im Sahararaum

Die Wüste Sahara wird oft als eine natürliche Grenze zwischen dem Norden und dem Süden Afrikas betrachtet. Dabei wird jedoch die rege Mobilität in dieser Region übersehen. Tatsächlich verbindet die Sahara die Maghreb-Staaten Algerien, Marokko und Tunesien mit den Staaten West- und Subsahara-Afrikas seit jeher mehr, als dass sie diese voneinander trennt: Auf den Routen der Händler_innen wurden Güter und Sklav_innen von Nord nach Süd und von Süd nach Nord gebracht, Pilger_innen besuchten heilige Stätten in Marokko und Algerien, Karawanen zogen durch die Sahara und viele Stämme lebten als Nomaden zwischen Mali, Senegal, Mauretanien, Marokko und Algerien (Bensaâd 2002; Bredeloup und Pliez 2005; de Haas 2007a).

Diese historischen Verbindungen haben dichte soziale, familiäre und wirtschaftliche Netze zwischen dem Norden und Süden der Sahara entstehen lassen. Die Migrationsrouten von heute stoßen demnach nicht in unbekanntes Terrain vor, sondern orientieren sich an den jahrhundertealten Wegen durch die Wüste – nur dass sie heutzutage nationale Grenzen queren, wo vorher unbestimmte Besitz- und Zugehörigkeitsverhältnisse herrschten. Der moderne Nationalstaat hat also auch die Mobilität in der Sahara neu geordnet (Brachet, Choplin und Pliez 2011; de Haas 2007b).

Ein- und Auswanderung während der Kolonialzeit

Die Kolonialisierung Nordafrikas im 19. Jahrhundert hat wesentlich zu dieser Neugestaltung beigetragen. Algerien wurde 1830 Teil des französischen Staates, Tunesien 1881 französische Kolonie und Marokko 1912 Protektorat von Frankreich (Westküste und Innenland) bzw. Spanien (Norden und die südwestliche Sahara). Wenig bekannt ist die Tatsache, dass Algerien, Marokko und Tunesien – bevor in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts eine starke Auswanderung nach Europa begann – lange Zeit in erster Linie Zielländer für Migrant_innen aus Europa waren: So lebten um 1950 in Marokko 450.000, in Tunesien 250.000 und in Algerien über eine Million Europäer_innen, vor allem aus Frankreich, Spanien und Italien, die sich meist als Landbesitzer_innen oder Verwalter_innen, teilweise jedoch auch als einfache Arbeiter_innen oder Händler_innen in Nordafrika niederließen (Natter 2014a).

Neben dem grundlegenden politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Einschnitt, den die Kolonialisierung und die europäische Präsenz in Nordafrika bedeuteten, trug dies auch dazu bei, Migration auf regionaler Ebene anzukurbeln. Vor allem französische Infrastruktur- und Landwirtschaftsprojekte in Algerien im 19. und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts schafften Arbeitsplätze für saisonale und zirkuläre Arbeitsmigrant_innen aus der Region. So wird zum Beispiel die jährliche Anzahl der in Algerien arbeitenden Marokkaner_innen in den späten 1930er-Jahren auf ca. 85.000 geschätzt. Gleichzeitig beschleunigten die Infrastrukturprojekte der Kolonialherren auch die Binnenmigration und die Urbanisierung innerhalb der drei Maghreb-Staaten, da mehr und mehr Menschen in die Städte zogen (de Haas 2014).

Erste Migrationsbewegungen aus dem Maghreb nach Europa begannen ebenfalls während der Kolonialzeit, meist im Zuge von Kriegen. So kämpften zum Beispiel 170.000 algerische Soldaten während des Ersten Weltkriegs und 126.000 marokkanische Soldaten während des Zweiten Weltkriegs in der französischen Armee. 40.000 marokkanische Soldaten waren zudem während des Spanischen Bürgerkriegs (1936–1939) Söldner in Francos Armee. Parallel wurden zahlreiche Arbeiter_innen für die Kriegsindustrie in Europa angeheuert. In erster Linie waren dies Algerier_innen; nur während des algerischen Unabhängigkeitskrieges von 1954 bis 1962 warb Frankreich bevorzugt marokkanische Arbeiter_innen an. Zwar kehrte der Großteil dieser Migrant_innen



nach Kriegsende wieder in ihre Heimatländer zurück, doch diese ersten Auswanderungserfahrungen prägen weitere Generationen von Migrant_innen (de Haas 2014; Natter 2014a).

3. Die Herkunftsländer Algerien, Marokko und Tunesien

3.1 Überblick: Zahlen und Fakten

Erst mit Ende der Kolonialzeit – im Jahr 1956 für Marokko und Tunesien sowie im Jahr 1962 für Algerien – wendete sich das Blatt und Auswanderung wurde zu einem strukturellen Bestandteil von Wirtschaft und Gesellschaft der drei Maghreb-Staaten. Laut den Statistiken der algerischen, marokkanischen und tunesischen Konsulate aus den Jahren 2012 und 2013 leben etwa 1,9 Millionen Algerier_innen (5 Prozent der Gesamtbevölkerung), 4 Millionen Marokkaner_innen (12 Prozent der Gesamtbevölkerung) und 1,2 Millionen Tunesier_innen (11 Prozent der Gesamtbevölkerung) im Ausland (de Haas 2014: 33; ICMPD 2013; OTE/DIRP 2012).

Diese Zahlen sind allerdings sehr umstritten, da die Statistiken der Herkunftsländer stark von jenen der Zielländer abweichen, was unter anderem auf unterschiedliche Berechnungsmethoden zurückzuführen ist: Die Statistiken umfassen teilweise nur Staatsbürger_innen der ersten Generation, teilweise auch Personen mit doppelter Staatsbürgerschaft, Eingebürgerte oder sogar Angehörige der zweiten und dritten Generation. Dementsprechend existieren auch Schätzungen, die deutlich unter diesen Zahlen liegen – bei knapp einer Million Algerier_innen, 2,6 Millionen Marokkaner_innen und 500.000 Tunesier_innen, die im Ausland leben (Fargues 2013: 11, 173, 231).

Die drei Phasen der Auswanderung

Diese Momentaufnahme der Auswanderung aus dem Maghreb gibt jedoch wenig Auskunft über die strukturellen Veränderungen der Migrationsbewegungen im Laufe der letzten 60 Jahre. Ein Blick in die Vergangenheit hilft, um heutige und künftige Trends und Entwicklungen zu verstehen. Gleichzeitig ist es wichtig, dass Auswanderung aus dem Maghreb nicht ausschließlich »en bloc« analysiert wird, sondern nationale und regionale Dynamiken berücksichtigt werden.

Grafik 1 gibt Einblick in die Entwicklung der Auswanderung aus Algerien, Marokko und Tunesien zwischen 1964 und 2008. Da für die drei Maghreb-Staaten keine jährlichen Auswanderungsstatistiken verfügbar sind, wurden diese Daten aus den Einwanderungsstatistiken der Hauptzielländer Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Kanada, Niederlande, Spanien und den USA rekonstruiert.² Diese acht Staaten umfassen gemeinsam ca. 80 Prozent der Migrant_innen aus dem Maghreb und können deshalb als repräsentativ angesehen werden (Natter 2014a: 5–6). Nicht berücksichtigt werden konnten einige wichtige Zielländer wie Großbritannien – vor allem für Algerien seit Anfang des 21. Jahrhunderts –, die Binnenmigration innerhalb des Maghreb sowie die signifikante Migration von Tunesien nach Libyen seit den 1970er-Jahren bis zum politischen Umbruch in Libyen 2011, da Einwanderungsstatistiken aus diesen Ländern nicht ausreichend vorhanden oder zugänglich sind.

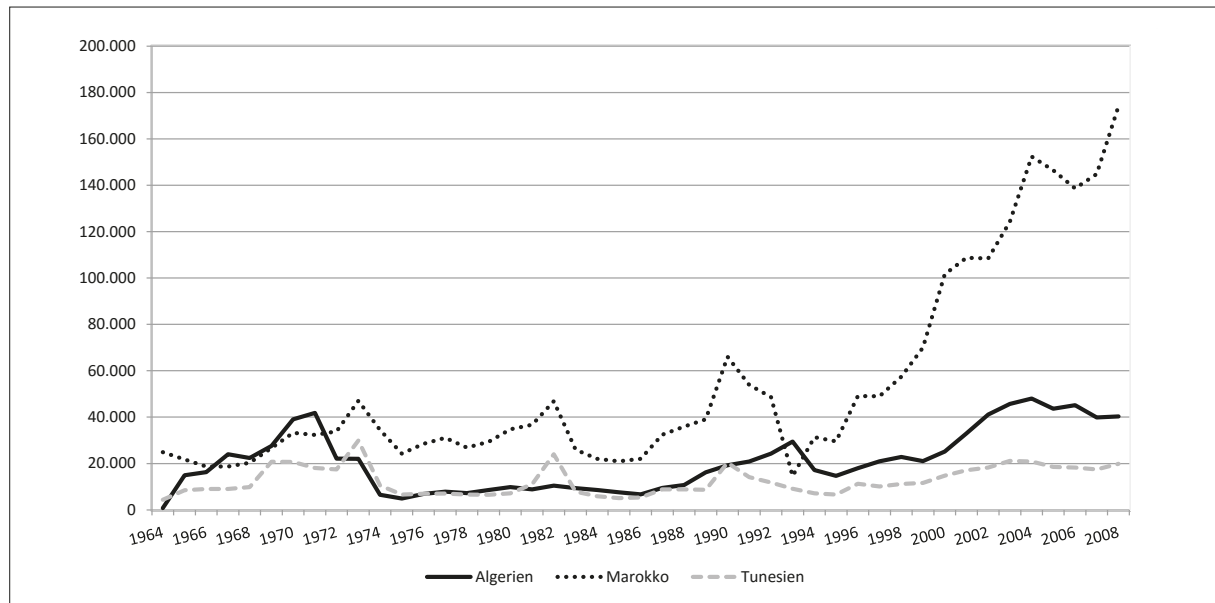
Die Analyse von Grafik 1 deutet auf eine Entwicklung der Migration aus den drei Maghreb-Staaten in drei Phasen hin, die anhand der Auswanderungsraten in Grafik 2 noch besser zur Geltung kommen:

- (I) In den 1960er-Jahren und vor allem Anfang der 1970er-Jahre ist in allen drei Ländern ein Ansteigen der Auswanderung zu verzeichnen. Vor allem junge, gering qualifizierte Männer ziehen als »Gastarbeiter« nach Nord- und Westeuropa.
- (II) Von 1973 bis Mitte der 1990er-Jahre nimmt die Auswanderung aus Algerien stark ab, während jene aus Marokko und Tunesien ungefähr gleich hoch bleibt. Gleichzeitig verfestigen sich die Gemeinschaften der Migrant_innen in Europa durch Familiennachzug und Einbürgerung.
- (III) Seit Mitte der 1990er-Jahre nimmt die Auswanderung aus Marokko rapide zu; in Tunesien und Algerien ist hingegen nur ein moderates Ansteigen zu beobachten. Parallel zu dieser Entwicklung verändert sich das Profil der Auswander_innen: Irreguläre Migration nimmt drastisch zu und das Bildungsniveau der Migrant_innen steigt im Durchschnitt stark an.

2. Alphabetische Reihenfolge. Diese bilateralen Migrationsstatistiken wurden in der Datenbank country-to-country (C2C) des Projekts »Determinants of International Migration« (DEMIG) am International Migration Institute (Universität Oxford) zusammengetragen und sind seit 2016 öffentlich zugänglich (siehe: <https://www.imi.ox.ac.uk/completed-projects/demig>).

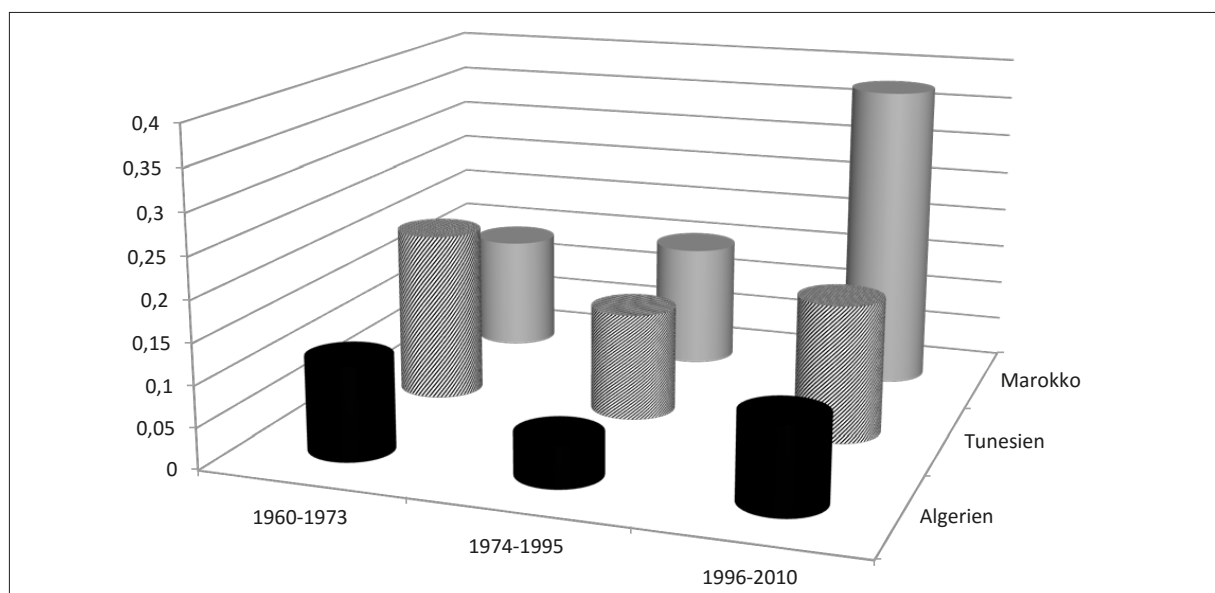


Grafik 1: Entwicklung der jährlichen Auswanderung aus Algerien, Marokko und Tunesien in acht Hauptzielländer (Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Kanada, die Niederlande, Spanien und die USA), 1964–2008



Die Spitzenwerte in Grafik 1 entsprechen meist Regularisierungskampagnen in Europa. Auch oft Legalisierung oder Amnestie genannt, ermöglichen diese Kampagnen irregulären Einwanderer_innen, eine Aufenthaltsbewilligung zu erhalten. Kriterien sind dabei oft die Länge des irregulären Aufenthalts, Familienangehörige sowie nachgewiesene (wenngleich auch meist irreguläre) Arbeitserfahrungen im Land. In den USA, Frankreich und Südeuropa sind Regularisierungen ein weit verbreitetes Politikinstrument. In Grafik 1 sind vor allem die Kampagnen in Frankreich (1973, 1981, 1998), Italien (1986, 1989, 1995, 2002, 2006) und Spanien (1991, 2000, 2001, 2005) sichtbar (Kraler 2009: 37). Diese retrospektive Erfassung irregulärer Migrant_innen in den Einwanderungsstatistiken deutet darauf hin, dass der langfristige Trend kontinuierlicher ist, als von den Grafiken suggeriert. Quelle: DEMIG C2C Database (DEMIG 2015a).

Grafik 2: Durchschnittliche jährliche Auswanderungsraten aus Algerien, Marokko und Tunesien in acht Hauptzielländer (Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Kanada, die Niederlande, Spanien und die USA) während der drei Auswanderungsphasen (in Prozent der Bevölkerung)



Auswanderungsraten bezeichnen den Umfang der Auswanderung in Relation zur Bevölkerungszahl. In Grafik 2 wurde die durchschnittliche jährliche Auswanderungsrate berechnet. So sind z. B. in der Phase 1996–2010 jedes Jahr ca. 0,1 Prozent der algerischen, 0,17 Prozent der tunesischen und 0,38 Prozent der marokkanischen Bevölkerung ausgewandert. Das entspricht in absoluten Zahlen etwa 35.000 algerischen, 17.000 tunesischen und 113.000 marokkanischen Auswanderer_innen jährlich zwischen 1996 und 2010. Quelle: DEMIG C2C Database (DEMIG 2015a), Weltbank Bevölkerungsdaten (WB 2016b).



Geografie der Auswanderung

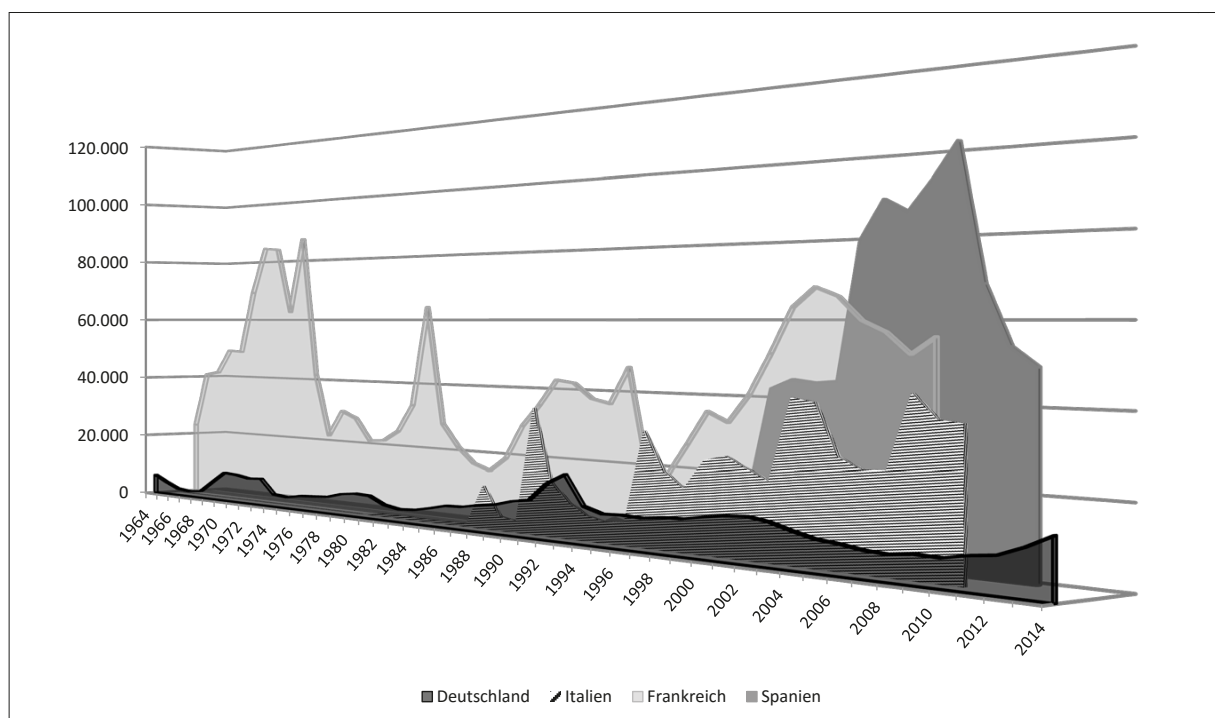
Bis in die 1980er-Jahre war Frankreich das Hauptziel-land für Migrant_innen aus den drei Maghreb-Staaten. Dies ist auf die historischen Beziehungen während und nach der Kolonialzeit, auf die enge wirtschaftliche und politische Kooperation sowie auf die über Jahrzehnte entstandenen sozialen Netze zwischen den Ländern zurückzuführen. Obwohl schon seit den 1960er-Jahren Arbeiter_innen auch in andere europäische Länder wie Deutschland, Belgien oder die Niederlande auswanderten, hat sich die Migration aus dem Maghreb vor allem seit den 1980er-Jahren vermehrt anderen Destinationen zugewandt.

Die Grafiken 3 und 4 geben einen Einblick in die geografische Diversifizierung der maghrebischen Auswanderung im Laufe der letzten Jahrzehnte. Frankreichs Bedeutung nimmt dabei ab, während die von Spanien und Italien sowie in einem geringeren Maße auch von Nordamerika zunimmt. Deutschland bleibt

für Auswander_innen aus dem Maghreb trotz des kontinuierlichen Anstiegs der letzten Jahre eine relativ unbedeutende Destination. Grafik 3 zeigt, dass die Höhepunkte der Einwanderung aus dem Maghreb nach Deutschland auf die folgenden vier Phasen eingegrenzt werden können: von 1969 bis 1972 nach dem Abschluss von Anwerbeabkommen mit Marokko und Tunesien, in den 1980er-Jahren aufgrund wirtschaftlicher Schwierigkeiten Marokkos sowie staatlicher Repressionen unter König Hassan II., Anfang der 1990er-Jahre im Zuge des aufflammenden Bürgerkriegs in Algerien sowie seit 2011 aufgrund der politischen Veränderungen im Maghreb und der relativen wirtschaftlichen Gesundheit Deutschlands im Kontext der globalen Wirtschaftskrise.

Grafik 4 macht deutlich, dass die Diversifizierung nicht in allen drei Maghreb-Staaten in gleichem Ausmaß stattgefunden hat. Algerien befindet sich am einen Ende des Spektrums, da immer noch mehr als drei Viertel der Algerier_innen in Frankreich leben. Gleichzeitig sind Alge-

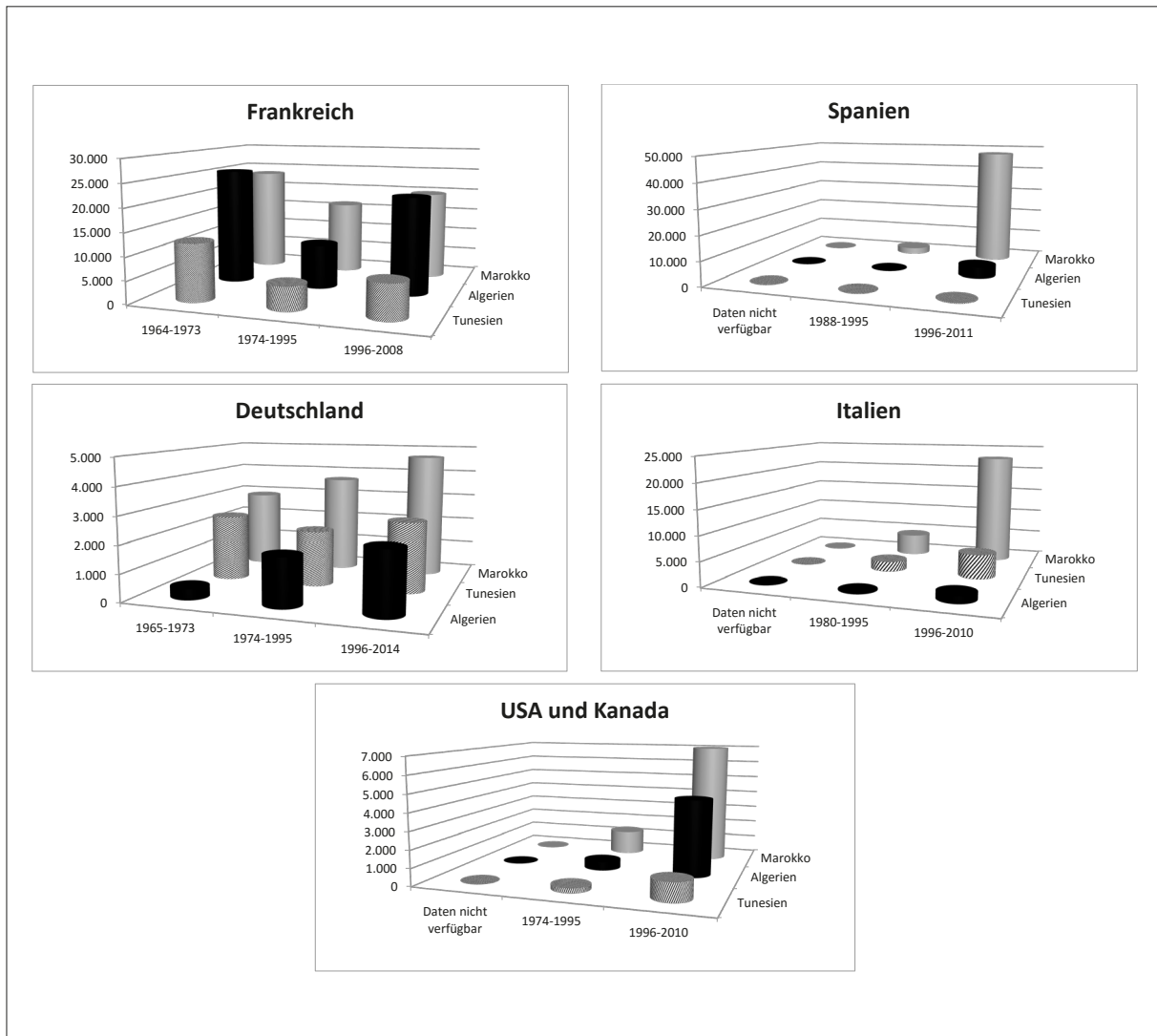
Grafik 3: Entwicklung der jährlichen Auswanderung aus den drei Maghreb-Staaten (Algerien, Marokko, Tunesien) nach Deutschland, Italien, Spanien und Frankreich, 1964–2014



Der abgedeckte Zeitraum der verfügbaren Daten variiert je nach Zielland: Frankreich 1964–2008, Deutschland 1964–2014, Italien 1980–2010 und Spanien 1988–2011. Quellen: Für Frankreich, Spanien und Italien: DEMIG C2C Database (DEMIG 2015a); für Deutschland: 1965–2009, DEMIG C2C Database (DEMIG 2015a); für 2010–2014, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF 2016: 172)



Grafik 4: Durchschnittliche jährliche Auswanderungszahlen aus Algerien, Marokko und Tunesien nach Frankreich, Italien, Spanien, Deutschland und Nordamerika während der drei Auswanderungsphasen



Die Achsen unterscheiden sich je nach Grafik: Die Zahlen für Deutschland und Nordamerika liegen somit weit unter jenen für Spanien, Frankreich und Italien. Auch variiert die genaue Einteilung der drei Phasen je nach Zielland, da Daten nicht für den ganzen Zeitraum verfügbar sind. So umfasst der Zeitraum in Frankreich die Jahre 1964 bis 2008, in Deutschland 1965 bis 2014, in den USA 1974 bis 2010, in Italien 1980 bis 2010 und in Spanien 1988 bis 2011. Quellen: Für Frankreich, Spanien und Italien: DEMIG C2C Database (DEMIG 2015a); für Deutschland: 1965–2009, DEMIG C2C Database (DEMIG 2015a); für 2010–2014, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF 2016: 172).

rier_innen in Nordamerika und vor allem in Kanada sehr präsent. Für Tunesier_innen hat vor allem Italien stark an Attraktivität gewonnen, sodass heutzutage nach Frankreich (mit 50 Prozent) Italien (mit ca. 15 Prozent der tunesischen Migrant_innen) an zweiter Stelle steht. An dritter Stelle rangiert Deutschland mit 7 Prozent. Besonders sticht jedoch die Entwicklung Marokkos hervor: Nur noch ca. 28 Prozent der Marokkaner_innen leben heute in Frankreich, gefolgt von Spanien mit 16 Prozent an zweiter und Italien mit 12 Prozent an dritter Stelle. Auch

Nordamerika und Deutschland haben, in wesentlich geringerem Ausmaß, an Attraktivität für die Marokkaner_innen gewonnen.

Migrant_innen aus dem Maghreb sind hauptsächlich Arbeiter_innen, Familienmitglieder und Student_innen – Flucht ist kein zentrales Thema. 2014 sind nur knapp 9.000 algerische, 5.000 marokkanische und gut 3.000 tunesische Geflüchtete in Europa und Nordamerika registriert. Im Vergleich zu 2004 sind diese Zahlen für



Algerien rückläufig, für Marokko und Tunesien ist ein Zuwachs festzustellen (UNHCR 2016d). Mit einer zeitlich klar begrenzten Ausnahme, Algerien im Jahr 1993, sind die Maghreb-Staaten auch keine wesentlichen Ursprungsländer für Asylbewerber_innen in Deutschland.³

3.2 Das Wechselspiel zwischen Ein- und Auswanderungspolitik in den drei Phasen der Auswanderung

1956–1973: Rekrutierung von Gastarbeiter_innen und Auswanderungsförderung

Die erste Phase der Auswanderung reicht von der Unabhängigkeit der drei Maghreb-Staaten bis Anfang der 1970er-Jahre und ist von einer allgemeinen Zunahme der Auswanderung geprägt. Zum einen kehrte die große Mehrheit der im Maghreb lebenden Europäer_innen gleich nach Ende der Kolonialzeit nach Europa zurück.⁴ Dadurch ging viel Expertise im Bildungssektor, in der Administration und Landwirtschaft sowie in den Managementebenen von Betrieben verloren. Im Falle Algeriens kam hinzu, dass all jene Algerier_innen, die während des Unabhängigkeitskrieges auf französischer Seite gekämpft hatten (sogenannte »harkis«), nach Frankreich flohen, um einer Verfolgung in Algerien zu entgehen.

Zum anderen begannen wegen der kritischen wirtschaftlichen Lage in den ersten Jahren der Unabhängigkeit, vor allem junge Männer und Familienväter nach Europa auszuwandern. Hauptgründe für den rasanten Anstieg der Migration waren jedoch nicht nur die wirtschaftlichen und politischen Unruhen in den drei Län-

dern, sondern auch das Wirtschaftswachstum und die aktive Rekrutierung sogenannter Gastarbeiter_innen im Westeuropa der Nachkriegszeit.⁵

Parallel zur europäischen Einwanderungspolitik entstand eine aktive Auswanderungspolitik aufseiten der Maghreb-Staaten. Vor allem kurz nach Abschluss der Gastarbeiter_innenverträge spielten die Maghreb-Staaten eine wichtige Rolle bei der Organisation der Rekrutierung: In Marokko waren es vor allem Berber, die für die Auswanderung ausgewählt wurden, da diese die einheitliche nationale Identität Marokkos als arabisches Land herausforderten und man mit ihrer Entsendung nach Europa innenpolitischen Unruhen vorbeugen konnte. In Tunesien wurden schon in den 1960er-Jahren Institutionen wie die Direktion für Auswanderung im Sozialministerium geschaffen und Verbindungsbeamten_innen in Europa eingesetzt, um die Arbeitsmigration zu fördern. In Algerien nutzten wiederum viele das bis 1968 geltende Abkommen zur Personenfreizügigkeit zwischen Algerien und Frankreich, um den Problemen in dem vom Unabhängigkeitskrieg zerrütteten und wirtschaftlich geplagten Land zu entgehen (Brand 2002; de Haas 2007b).

Nach einigen Jahren wurde die aktive Rekrutierung durch den Staat jedoch von sich selbst organisierenden Migrationsbewegungen abgelöst, erleichtert durch die Entstehung sozialer und familiärer Netze in den Zielländern. Charakteristisch für diese Phase der Auswanderung war auch deren Zirkularität: Viele Migrant_innen kamen für einige Monate bzw. Jahre nach Europa, um Geld zu verdienen, und kehrten dann wieder zu ihren Familien zurück. Das Attraktive an der Rückkehr war jedoch immer auch die Sicherheit, bei Bedarf nach einiger Zeit wieder nach Europa auswandern zu können.

1974–1995: Verfestigung der Gemeinschaften von Migrant_innen in Europa und die algerische Ausnahme

Während der zweiten Phase der Auswanderung, von 1973 bis Mitte der 1990er-Jahre, blieb die Auswanderung aus Marokko und Tunesien auf einem relativ sta-

3. 2014 lebten in Deutschland 2.564 algerische, 1.711 marokkanische und 754 tunesische Geflüchtete (UNHCR 2016d). Statistiken zur Entwicklung der Asylbeanträge in Deutschland seit Anfang der 1990er-Jahre zeigen Spitzenwerte in den frühen 1990er-Jahren – eine Konsequenz der politischen Repression in Marokko und des Bürgerkriegs in Algerien. Der Spitzenwert algerischer Asylsuchender in Deutschland im Jahr 1993 mit 11.262 Asylanträgen kann darauf zurückgeführt werden, dass Deutschland 1992 einigen prominenten Politiker_innen der islamistischen Front islamique du Salut (FIS) Asyl gewährt hatte und die Popularität Deutschlands bei algerischen Asylsuchenden im folgenden Jahr deshalb rasant stieg (Collyer 2004). Zwischen 1995 und 2012 ist ein deutlicher Rückgang auf durchschnittlich 1.000 algerische und 300 marokkanische Erstanträge jährlich sichtbar. Erst seit 2013 ist ein erneuter Anstieg der Asylanträge erkennbar (BAMF 2016).

4. Die Rückkehrer_innen aus Nordafrika mit europäischer Staatsbürgerschaft sind nicht in die Statistiken mit einbezogen, die den Grafiken in dieser Studie zugrunde liegen.

5. Frankreich hat 1963 mit Marokko und Tunesien Verträge zur Rekrutierung von Gastarbeiter_innen abgeschlossen, Deutschland 1963 mit Marokko und 1965 mit Tunesien, Belgien 1964 mit Marokko, 1969 mit Tunesien und 1970 mit Algerien, die Niederlande 1969 mit Marokko und 1971 mit Tunesien (DEMIG 2015b).



bilen Niveau, obwohl Europa eine restriktive Einwanderungspolitik einführte. Die Auswanderung aus Algerien ging hingegen stark zurück. Zwei Fragen drängen sich hier auf: Warum geht die Auswanderung aus Marokko und Tunesien als Resultat strikterer europäischer Einwanderungspolitik nicht zurück? Und warum weicht Algerien vom allgemeinen Trend in der Region ab?

Der europaweite Anwerbestopp nach der Ölkrise 1973 führte keineswegs dazu, die Anzahl an Migrant_innen in Europa zu reduzieren. Migrant_innen zogen es vor, die Wirtschaftskrise in Europa abzuwarten, statt wie früher in ihr Heimatland zurückzukehren und in einer Phase des Wirtschaftswachstums wieder nach Europa zu kommen. Letzteres war durch die restriktive Einwanderungspolitik europäischer Staaten keine sichere Strategie mehr. So wurde die Zirkularität der Migrationsbewegungen durchbrochen und Ein- und Auswanderungsdynamiken von Wirtschaftszyklen entkoppelt. Das Ergebnis war eine Zunahme der ausländischen Bevölkerung in Europa trotz sinkender oder gleichbleibender Einwanderung.

Die Ausweitung des Rechts auf Familienzusammenführung und der daraus resultierende Familiennachzug in den 1970er- und 1980er-Jahren verfestigte dann den dauerhaften Charakter der Einwanderung in Nord- und Westeuropa, wie wir ihn bis heute kennen (de Haas 2007b; Fargues 2004). Damit stellte sich auch die Frage der dauerhaften Integration der Migrant_innen aus dem Maghreb in Europa stärker als zuvor.

Auch die Auswanderungspolitik der Maghreb-Staaten hat die Entwicklungen der 1970er- und 1980er-Jahre wesentlich mitbestimmt: Sowohl Marokko als auch Tunesien haben kontinuierlich Institutionen ausgebaut und politische Maßnahmen ergriffen, um Auswanderung zu organisieren, zu vereinfachen und den Kontakt zu den im Ausland lebenden Staatsbürger_innen zu pflegen (siehe auch 3.3).

Im Gegensatz dazu steht Algeriens Auswanderungspolitik, die 1973 einen radikalen Richtungswechsel vornahm: Gleichzeitig mit dem europäischen Anwerbestopp beschloss Algeriens Präsident Boumedienne im September 1973, die Auswanderung aus Algerien zu beenden. Genau wie die Verstaatlichung der algerischen Ölreserven 1971 waren die Absage an die Auswanderung und deren Stigmatisierung als Vaterlandsverrat

Zeichen der endgültigen wirtschaftlichen Abnabelung von Frankreich. Neben der Hoffnung auf Wohlstand und Beschäftigung war damit auch der Wunsch verbunden, die postkoloniale Abhängigkeit vom Westen zu beenden (Fargues 2004). Die niedrige Auswanderungsrate von Algerier_innen in den 1970er- und 1980er-Jahren, die sich auf den Familiennachzug nach Frankreich beschränkte, ist somit nicht allein das Resultat der restriktiven Politik Frankreichs nach 1973, sondern auch eine Auswirkung der algerischen Politik.

1995 bis heute:

Vervielfältigung der Migrationsmuster

In der dritten Phase der Auswanderung, von Mitte der 1990er-Jahre bis heute, ist Migration aus dem Maghreb von einer Reihe neuer Entwicklungen gekennzeichnet. Zum einen lässt sich eine allgemeine Zunahme der Auswanderung aus dem Maghreb und insbesondere aus Marokko feststellen. Des Weiteren kommen neue Destinationen auf: Italien und Spanien seit den späten 1980er-Jahren und Nordamerika seit den 2000er-Jahren. Schließlich verändert sich auch das Profil der Auswander_innen: Ein steigender Anteil der Neuankommenden ist irregulär in Europa, während die Migrant_innen gleichzeitig aber oft über einen höheren Bildungsstand verfügen. Inwieweit die Weltwirtschaftskrise seit 2008 eine neue Phase eingeläutet hat, muss sich erst noch zeigen. Jedoch weisen erste Analysen darauf hin, dass die sinkende Attraktivität Europas nur bedingt zu einem Rückgang der Einwanderung aus dem Maghreb geführt hat (Jolivet 2015).

Neue Zielländer, neue Profile

Die allgemeine Zunahme der Auswanderung aus dem Maghreb seit den 1990er-Jahren (siehe Grafiken unter 3.1) ist vor allem eine Konsequenz der wachsenden Attraktivität Spaniens (für Marokko und Algerien) und Italiens (für Marokko und Tunesien). Die rasante Entwicklung der spanischen Landwirtschaft nach dem EU-Beitritt 1986, die vielen von der EU geförderten Infrastrukturprojekte in Südeuropa sowie Beschäftigungsmöglichkeiten in der informellen Wirtschaft in Italien zogen mehr und mehr Arbeiter_innen aus Nordafrika in die Landwirtschaft, den Bausektor oder die Tourismuszentren Südeuropas (Fargues 2004).



Geografische Nähe, historische Verbundenheit, Wirtschaftswachstum und eine laxe Einwanderungspolitik in Südeuropa haben somit Ende des 20. Jahrhunderts einen Einwanderungsboom aus Algerien, Marokko und Tunesien bewirkt. Gleichzeitig hat die Liberalisierung der Wirtschaft im Zuge der Strukturanpassungsprogramme des Internationalen Währungsfonds (IWF) ab 1983 in Marokko und ab 1986 in Tunesien Auswanderung und damit verbundene Geldüberweisungen noch wichtiger für das ökonomische Überleben dieser beider Länder gemacht (Brand 2002).

Doch auch Nordamerika und in geringerem Maße Deutschland haben in den letzten Jahren an Reiz gewonnen – vor allem für Student_innen und Hochqualifizierte. Waren es lange Zeit vor allem gering qualifizierte Arbeiter_innen oder Familienmitglieder, die den Großteil der Migrant_innen aus dem Maghreb ausmachten, so sind es nun vermehrt urban geprägte Hochschul- und Universitätsabsolvent_innen. Auch stieg der Anteil an Frauen. Dies lässt sich wahrscheinlich sowohl durch selektivere Einwanderungskriterien als auch durch strukturelle Entwicklungen im Maghreb erklären: Da die Veränderung der Arbeitsmarktstrukturen in den Maghreb-Staaten jener der Bildungsstrukturen hinterherhinkt, sind die Arbeitslosenzahlen vor allem bei jungen Menschen mit Universitätsabschluss im Laufe der Jahre stetig gestiegen.

Dieser neue Typus von Migrant_innen aus dem Maghreb ist jedoch in den letzten 20 Jahren vermehrt in die USA und nach Kanada und nicht nach Europa ausgewandert. So besitzen zum Beispiel 63 Prozent der Marokkaner_innen in Kanada und 45 Prozent der Marokkaner_innen in den USA einen Universitätsabschluss, während drei Viertel der marokkanischen Einwander_innen in Italien und Spanien immer noch ein geringes Bildungsniveau haben (Fargues 2013).

Zunahme der irregulären Migration

Die Arbeitsmigration nach Südeuropa war in den 1980er-Jahren zu einem großen Teil saisonal und temporär. Arbeiter_innen verbrachten jedes Jahr einige Monate in Spanien und Italien, um Geld zu verdienen und dann den Rest des Jahres bei ihren Familien im Maghreb zu leben. Im Zuge der Einführung von Visabeschränkungen für maghrebinische Staatsbürger_innen Anfang der

1990er-Jahre⁶ hat sich der Charakter der Auswanderung gewandelt, von der meist saisonalen Arbeitsmigration zur Irregularität. Wachsende irreguläre Migration aus dem Maghreb ist somit eindeutig eine Auswirkung der europäischen Visa- und Einwanderungspolitik (de Haas 2007b; Fargues 2004). Letztere hat nicht dazu geführt, Migration zu reduzieren, sondern vielmehr die Risiken und Kosten der Migration erhöht.

Irreguläre Migration kann naturgemäß nicht statistisch erfasst werden. Oft werden die Zahlen der an den Grenzen aufgegriffenen irregulären Migrant_innen stellvertretend für das Ausmaß irregulärer Migration gewertet. Dies ist jedoch in dreierlei Hinsicht problematisch:

Erstens gibt es bei diesen Statistiken oft Doppel- und Dreifacherfassungen einzelner Menschen bei unterschiedlichen Grenzübertritten oder zu unterschiedlichen Zeitpunkten im Jahr (de Haas 2007a). Zweitens sind diese Statistiken viel eher ein Abbild der finanziellen und menschlichen Ressourcen, die dem Grenzschutz zur Verfügung gestellt werden.⁷

Drittens verdeckt der Medienfokus auf irreguläre Grenzüberschreitungen – sei es per Boot von Tunesien nach Italien oder zu Fuß von Marokko in die spanischen Städte Ceuta und Melilla – die Tatsache, dass der Großteil der irregulären Migrant_innen legal nach Europa einwandert und dann nach Ablauf des Visums im Land bleibt (Düvell 2006).

Der Umfang der irregulären Migration wird besser durch Regularisierungsprogramme in Europa deutlich. Hierbei sind vor allem Marokkaner_innen besonders stark repräsentiert, mit insgesamt ca. 445.000 Regularisierungen zwischen 1981 und 2012 in Frankreich, Belgien, Italien und Spanien (Fargues 2013: 173).

6. Im Zuge der Anpassung der nationalen Gesetze an die europäische Schengen-Gesetzeslage haben Italien 1990 und Spanien 1991 die Visumpflicht für Staatsbürger_innen aus Algerien, Marokko und Tunesien eingeführt. In anderen europäischen Staaten war dies schon vorher erfolgt: Deutschland, Belgien und die Niederlande in den 1970er-Jahren sowie Anfang der 1980er-Jahre, Frankreich 1986 und Großbritannien und die Schweiz ebenfalls 1990 (DEMIG 2015c).

7. Dies führt zu einer absurden Spirale, in der mehr Grenzschutz zu höheren Erfassungszahlen führt, was dann wiederum als Evidenz für eine zunehmende irreguläre Einwanderung gewertet und mit noch mehr Grenzschutz beantwortet wird – all das bei potenziell gleich bleibenden Einwanderungszahlen (siehe die Analyse von Massey et al. 2016 zu den Auswirkungen des US-Grenzschutzregimes auf irreguläre Migration an der Grenze mit Mexiko).

*Marokko: Neuer Spitzenreiter*

Migration aus Marokko hat allgemein seit den 1990er-Jahren im regionalen Vergleich überdurchschnittlich stark zugenommen: In nur einem Jahrzehnt hat sich die Auswanderung von ca. 47.000 Migrant_innen jährlich in den 1990er-Jahren auf ca. 133.000 Migrant_innen jährlich in den 2000er-Jahren fast verdreifacht. Dies hat vielschichtige Ursachen. Zum einen hat die landwirtschaftliche Produktion in Marokko stark unter Spaniens Eintritt in die EU 1986 gelitten, da seitdem spanische Produkte auf dem europäischen Binnenmarkt bevorzugt wurden. Gleichzeitig waren die boomende spanische Wirtschaft und die wachsende Kluft zwischen den Lebensstandards in Spanien und Marokko ein Anreiz für marokkanische Arbeiter_innen, nach Spanien auszuwandern (Fargues 2004; Natter 2014a).

Selten Erwähnung findet zudem die Tatsache, dass parallel zu den zunehmend restriktiven Einwanderungsbestimmungen in Europa die Auswanderung aus Marokko einfacher wurde. Lange Zeit war es in Marokko schwierig, einen Pass zu bekommen, sodass der marokkanische Staat darauf Einfluss nehmen konnte, wer auswandern konnte. Dies hat sich seit den 1990er-Jahren im Zuge der teilweisen Liberalisierung des marokkanischen politischen Systems geändert, sodass Auswanderung nun einem größeren Teil der Bevölkerung offensteht (de Haas 2007b).

Algerien: Binnenmigration und politisches Exil im Bürgerkrieg

Die Entwicklung marokkanischer Auswanderung steht in krassem Kontrast zu den Entwicklungen in Algerien, wo die 1990er-Jahre vom Bürgerkrieg (1992 bis 2002) gekennzeichnet waren. Der blutige Konflikt zwischen Regierung und islamistischen Gruppen forderte an die 150.000 Tote und führte dazu, dass viele Intellektuelle, Journalist_innen, politische Aktivist_innen und Akademiker_innen als politisch Verfolgte das Land Richtung Frankreich, Deutschland und Großbritannien verließen. Interessanterweise hat der Bürgerkrieg jedoch nicht zu der erwarteten massiven Fluchtbewegung ins Ausland geführt, sondern vermehrt zu Binnenflucht (Collyer 2004).

Erst im Zuge der Wirtschaftsliberalisierung Algeriens nach Ende des Bürgerkrieges 2002 kam es zu einem signifikanten Anstieg der Auswanderung, vorrangig nach Frankreich, aber auch vermehrt nach Nordamerika und Deutschland.

Seither hat sich auch die offizielle Position Algeriens zur Auswanderung geändert und neue Institutionen wurden geschaffen, um die Diaspora stärker in die algerische Politik und Wirtschaft einzubinden (Fargues 2013).

Tunesien: Kurzzeitiger Anstieg durch politischen Umbruch

In Tunesien bestimmte der politische Umbruch der letzten Jahre maßgeblich die jüngsten Entwicklungen der Auswanderung. Schon im Sommer 2008 stieg in Reaktion auf die Unterdrückung eines Aufstandes in Gafsa im Landesinneren Tunesiens die Anzahl irregulärer Migrant_innen und Geflüchteten aus dieser Region Richtung Italien. Im Frühling 2011 wurden infolge der Revolution die Grenzen nicht mehr umfassend kontrolliert und es kam zu einem temporären, aber massiven Anstieg von irregulärer Migration und Flucht über das Mittelmeer. 43.000 Menschen kamen in nur wenigen Monaten in Italien an, davon 28.000 aus Tunesien.⁸ Jedoch stellte sich schon kurz darauf wieder Normalität ein – teils wegen der Wiederaufnahme von Grenzkontrollen durch den Staat, teils wegen der Verschiebung der Migrations- und Flüchtlingsrouten über das Mittelmeer ins benachbarte und krisengeschüttelte Libyen (Boubakri 2013; Natter 2015b).

Heute stellt sich in Tunesien die Frage, ob die fortschreitende Demokratisierung jungen Leuten neue Perspektiven eröffnen und somit eventuell zu einem Rückgang der Auswanderung führen wird, oder ob im Gegenteil die Unsicherheiten in Bezug auf Tunesiens wirtschaftliche Lage und politische Zukunft sowie die anhaltende hohe Arbeitslosigkeit zu einem Anstieg der Auswanderung beitragen werden.

3.3 Auswanderung als Entwicklungsfaktor?

Die europäische Antwort auf die Auswanderung aus den drei Maghreb-Staaten konzentriert sich seit Jahrzehnten auf zwei wesentliche Aspekte: Die Kooperation mit Algerien, Marokko und Tunesien im Grenzschutz vor Ort und die Verknüpfung von Migration und Entwicklungspolitik. Letzteres ist eines der wenigen Themenfelder, bei dem Herkunfts- und Zielländer von Migrant_in-

8. Zwischen 2000 und 2010 waren es, zum Vergleich, durchschnittlich 19.000 Menschen jährlich, davon 1.700 Tunesier_innen (Boubakri 2013).



nen prinzipiell gemeinsame Interessen verfolgen. Die Herkunftsländer sind daran interessiert, durch staatliche Kooperation mit den Zielländern und die Einbindung der Diaspora Entwicklungsprojekte zu finanzieren, und die Zielländer hoffen, durch diese Entwicklungspolitik indirekt zukünftiger Auswanderung entgegenzuwirken.

Dabei werden jedoch zwei wichtige Erkenntnisse übersehen: Erstens zeigen Forschungsergebnisse, dass wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung in Herkunftsländern nicht unbedingt zu weniger Migration führt – eher im Gegenteil. Zweitens deuten die Geschichte der Auswanderung und die Rolle der im Ausland lebenden Marokkaner_innen, Tunesier_innen und Algerier_innen für die Wirtschaft, den Arbeitsmarkt und die politische Stabilität der Herkunftsländer darauf hin, dass diese relativ wenig Interesse haben, Auswanderung – ob regulär oder irregulär – tatsächlich zu erschweren oder zu reduzieren.

Auswanderung als politisches und wirtschaftliches Sicherheitsnetz

Für die drei Maghreb-Staaten war und ist Auswanderung eine essenzielle Strategie, um Armut und Arbeitslosigkeit entgegenzusteuern, die innenpolitische Stabilität zu sichern und Unruhen ein alternatives Ventil zu geben. Seit den späten 1960er-Jahren haben Marokko und Tunesien das Thema Auswanderung in ihre Entwicklungsstrategien integriert. Algerien hat sich diesem Trend in den letzten zehn Jahren angeschlossen. Alle drei Länder haben einen institutionellen Apparat geschaffen, der die Beziehungen zu Staatsbürger_innen im Ausland verstärken, Geldüberweisungen der Migrant_innen in ihre Heimat erleichtern und die Investitionen im Heimatland ankurbeln soll. Ursprünglich gab es auch das Ziel, Anreize für die Rückkehr von Auswander_innen zu schaffen, um die im Ausland erworbenen Kompetenzen ins Land zurückzuholen. Aus mangelndem Erfolg wurde dies jedoch rasch wieder aufgegeben (Brand 2002).

Lange Zeit waren Algerien, Marokko und Tunesien auch besonders darauf bedacht, Auswander_innen zu kontrollieren und deren politische Aktivitäten zu unterbinden, aus Angst, sie könnten sich im Ausland politisch organisieren und dann mit neuem, brennendem Gedankengut zurückkehren (Brand 2002; de Haas 2014). Seit den 1990er-Jahren ist die politische Kontrolle der im

Ausland lebenden Staatsbürger_innen jedoch in den Hintergrund getreten und der Fokus wurde vermehrt auf kulturelle Beziehungen gelegt – eigene Fernseh- und Radiosendungen speziell für Auslandsstaatsbürger_innen, Religions- und Arabisch-Unterricht für die in Europa heranwachsenden Generationen sowie regelmäßige Reisen ins Heimatland sollen emotionale Bindungen nähren und somit den Willen zu Rücküberweisungen und Investitionen aufrechterhalten.

2014 machten Geldüberweisungen von Migrant_innen nach Marokko und Tunesien einen signifikanten Anteil der wirtschaftlichen Leistung und der Devisen aus – in Marokko ca. 6,4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (6,7 Milliarden US-Dollar), in Tunesien ca. 4,8 Prozent (2,3 Milliarden US-Dollar). Das unterstreicht die strategische Bedeutung der Auswanderung für Länder wie Marokko und Tunesien. In Algerien war es mit nur 0,9 Prozent (2 Milliarden US-Dollar) ein geringerer Anteil (WB 2016a). Tatsächlich dürften die überwiesenen Summen noch um einiges höher sein, da informelle Transfers durch reisende Familienmitglieder oder Sachtransporte ins Heimatland in dieser Statistik nicht erfasst werden.

Für den Spitzenreiter Marokko bedeutete dies, dass die Heimatüberweisungen in den 2000er-Jahren durchschnittlich ca. sechsmal so hoch waren wie die vom Land empfangene Entwicklungshilfe und dreimal so hoch wie ausländische Direktinvestitionen (de Haas 2014) – und das, obwohl die Bereitschaft von Auslandsmarokkaner_innen, in Marokko zu investieren, unter anderem wegen grassierender Korruption und administrativer Willkür begrenzt bleibt. Um das entwicklungspolitische Potenzial der Diaspora auszuschöpfen, müssten spezifische Maßnahmen zur Erleichterung von Investitionen, Rücküberweisungen oder Firmengründungen von politischen und wirtschaftlichen Reformen begleitet werden, die Vertrauen in Staat und Justiz herstellen, Korruption bekämpfen und bürokratische Hürden abbauen (de Haas 2007b; Gubert and Nordman 2011).

Wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung fördert Auswanderung

Entgegen der weit verbreiteten Annahme, dass wirtschaftliche Entwicklung in den Herkunftsländern zukünftige Auswanderung eindämmt, haben Studien einen komplexeren Zusammenhang zwischen Migration



und Entwicklung festgestellt. Demnach wächst die Auswanderung bei zunehmender wirtschaftlicher Entwicklung zunächst. Das hängt damit zusammen, dass steigende Einkommen, bessere Transport- und Kommunikationsinfrastruktur sowie höhere Bildung sowohl Migrationsbestrebungen fördern als auch die individuellen Möglichkeiten, diese zu realisieren. Erst ab einem relativ hohen Entwicklungsstand kehrt sich der Zusammenhang um, sodass weitere Entwicklung tatsächlich zu weniger Auswanderung führt (de Haas 2007c).

Clemens (2014: 10) hat diesen Wendepunkt in einer Studie bei einem jährlichen durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen von 7.000 bis 8.000 US-Dollar (kaufkraftbereinigt) festgemacht, weist jedoch darauf hin, dass dies je nach landesspezifischen Umständen stark variieren kann. Der Ansatz bietet eine Erklärung dafür, warum die Länder mit den weltweit höchsten Auswanderungsraten weder die ärmsten noch die reichsten Länder der Welt sind, sondern jene mit mittlerem Entwicklungsstand – wie zum Beispiel Mexiko, Marokko oder die Philippinen.

Bei Verwendung desselben Datensatzes wie Clemens (2014: 44) lag das Pro-Kopf-Einkommen in Marokko 2005 bei etwa 3.000 US-Dollar und in Tunesien bei etwa 5.900 US-Dollar. Sechs Jahre später, 2011, lag es bei 3.600 US-Dollar respektive 6.600 US-Dollar. Für Algerien liegen keine Daten vor (Feenstra, Inklaar und Timmer 2013). Sowohl Marokko als auch Tunesien haben somit die Schwelle von 7.000 bis 8.000 US-Dollar noch nicht überschritten, wobei Marokko wesentlich hinter Tunesien zurückliegt. Aus dieser Perspektive ist zu erwarten, dass Migration aus dem Maghreb zumindest in den nächsten Jahren weiterhin zunimmt oder zumindest gleichbleibt. Inwieweit diese Einschätzung jedoch zutrifft, hängt stark von nationalen und regionalen Entwicklungen ab, insbesondere in Bezug auf regionalpolitische Sicherheit und die Entwicklung der Situation am Arbeitsmarkt.

4. Der Maghreb als Einwanderungsregion

4.1 Überblick: Zahlen und Fakten

Die drei Maghreb-Staaten Algerien, Marokko und Tunesien können auf eine lange Geschichte der Einwanderung im Kontext von Kolonisierung, Handel und Flucht zurückblicken. In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhun-

derts stand jedoch eindeutig Auswanderung im Vordergrund. Erst seit Mitte der 1990er-Jahre nimmt die Einwanderung nach Algerien, Marokko und Tunesien wieder zu, auch wenn der Gesamtanteil an Ausländer_innen immer noch unter 0,5 Prozent der Bevölkerung liegt und Einwanderung somit absolut betrachtet ein Randphänomen bleibt. Im Laufe der letzten zwei Jahrzehnte haben sich auch die Migrationsprofile und die Herkunftsländer diversifiziert. Neben Student_innen ist die Zahl der Geflüchteten aus Subsahara-Afrika und neuerdings auch aus Syrien⁹ sowie die Arbeitsmigration aus Europa (Spanien, Italien, Frankreich), Afrika (Senegal, Mali, Mauretanien, Nigeria) und auch Asien (China, Indien, Philippinen) gestiegen.

Diese Diversifizierung zeugt von der wachsenden Einbindung der Maghreb-Staaten in regionale und globale Migrationssysteme. Im europäischen Diskurs fehlt meist der Hinweis auf diese Komplexität, da Einwanderung nach Nordafrika bevorzugt, oft sogar ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der sogenannten »Transitmigration« betrachtet wird. Dass inzwischen fast die Hälfte der (legalen und irregulären) Einwander_innen in Marokko Europäer_innen sind oder dass der Trend asiatischer Einwanderung nach Algerien steigt, wird dabei oft nicht berücksichtigt.

Mobilität von Student_innen und Arbeiter_innen zwischen Nord- und Westafrika

Die einzige Form von Einwanderung, die schon seit den 1960er-Jahren durch bilaterale Abkommen und Stipendien von staatlicher Seite organisiert und gefördert wurde, war der Zuzug von Student_innen, hauptsächlich aus französischsprachigen Staaten in Westafrika. In der Tat kommen jedes Jahr tausende Student_innen aus Mauretanien, dem Senegal, Mali, dem Kongo, Kamerun, Gabun, dem Niger oder der Elfenbeinküste, um an den Universitäten in Algerien, Marokko und Tunesien zu studieren. 2006 waren es knapp 5.900 in Algerien (Mazella 2009: 393), 8.700 in Marokko (Laouali and Meyer

9. Laut Statistiken des UNHCR waren 2016 (Stand: Januar) in Algerien 96.800 Geflüchtete registriert (davon ca. 90.000 aus Westsahara, die Übrigen aus Syrien, Palästina und Mali), an die 6.200 in Marokko (hauptsächlich aus Syrien, jedoch auch aus dem Jemen, dem Irak, der Elfenbeinküste, der Demokratischen Republik Kongo und Kamerun) und nur 800 in Tunesien (hier ebenfalls aus Syrien sowie aus dem Sudan, der Elfenbeinküste, Palästina, dem Irak und Somalia) (UNHCR 2016a; UNHCR 2016b; UNHCR 2016c).



2012: 117) und 3.200 in Tunesien (Boubakri 2010: 53). Der Trend für Marokko zeigt mit 15.600 ausländischen Student_innen im Jahr 2010 außerdem einen rasanten Anstieg in den letzten Jahren, zu dem auch die Eröffnung zahlreicher privater Universitäten beigetragen hat (Levantino 2015). In Tunesien ist die Entwicklung ähnlich.

Die Hauptdestinationen von Arbeitsmigrant_innen innerhalb Westafrikas waren historisch vor allem Ghana (bis Ende der 1960er-Jahre), Nigeria (bis Mitte der 1980er-Jahre) und die Elfenbeinküste (bis Mitte der 1990er-Jahre). Erst im Zuge der wirtschaftlichen und politischen Krisen in diesen Ländern in den 1990er-Jahren ist Nordafrika zu einer Zielregion für Arbeitsmigrant_innen geworden (de Haas 2007a). Vor allem Libyens Afrikapolitik ab 1992 hat zu einer aktiven Rekrutierung von Arbeitsmigrant_innen aus Subsahara-Afrika geführt. Der erneute Richtungswechsel in Gaddafis Afrikapolitik Anfang der 2000er-Jahre, der massive Einwanderungsrestriktionen mit sich brachte, hat dazu geführt, dass Arbeitsmigrant_innen sich neuen Destinationen in Nordafrika zuwandten, vorrangig Algerien, aber auch Marokko und Tunesien. Gleichzeitig führte dies zu einem Anstieg des Anteils von Afrikaner_innen aus Subsahara-Afrika an der irregulären Migration von Nordafrika nach Europa (Pliez 2004). Die Jahrtausendwende ist somit ein Schlüsselmoment, um die strukturelle Verknüpfung des westafrikanischen und des mediterranen Migrationssystems zu verstehen.

Durch die demografische Transition der 1990er-Jahre in Algerien, Marokko und Tunesien werden voraussichtlich in den nächsten Jahren geburtenschwache Jahrgänge auf den nationalen Arbeitsmarkt kommen (Fargues 2004). Erste Anzeichen deuten darauf hin, dass die Nachfrage nach ausländischen Arbeitskräften in den drei Maghreb-Staaten deshalb in Zukunft steigen könnte. Dies zeigt, wie sehr Migrationsdynamiken mit langfristigen gesellschaftlichen Entwicklungen wie Demografie und Globalisierung verbunden sind und dass sie weit mehr als eine unmittelbare Reaktion auf spezifische politische oder wirtschaftliche Ereignisse darstellen.

Algerien: Fluchtbewegungen aus Westsahara und die Anziehungskraft der Bodenschätze

Einwanderung ist in Algerien ein innenpolitisch sehr sensibles Thema. Darum sind offizielle Statistiken meist nicht öffentlich zugänglich und Schätzungen weichen

stark voneinander ab (Bensaâd 2009). So spricht die Volkszählung 2008 von 95.000 legalen Migrant_innen (0,24 Prozent der Bevölkerung) (Fargues 2013: 11), das Arbeitsministerium hat 2014 140.000 ausländische Arbeiter_innen registriert (APS 2014) und eine Auswertung von diversen algerischen Statistiken kommt 2012 auf insgesamt 170.000 Arbeitsmigrant_innen, inklusive 13.000 Student_innen (ICMPD 2013). Die Zahl der irregulären Migrant_innen wird auf 20.000 bis 30.000 geschätzt (Lahlou 2011).

Zusätzlich zu diesen Arbeitsmigrant_innen beherbergt Algerien – traditionell verbündet mit der Unabhängigkeitsbewegung in der Westsahara gegen den Territorialanspruch Marokkos – schon seit 1975 die größte Gemeinschaft von Geflüchteten im Maghreb: Im Südwesten Algeriens, bei Tindouf, leben laut Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR) ca. 90.000 Geflüchtete aus der Westsahara. Laut algerischer Regierung liegt die Zahl mit 160.000 wesentlich höher (Collyer 2004).

Die Geschichte der Einwanderung nach Algerien ist besser bekannt als ihr genauer Umfang. Erste Einwander_innen kamen schon in den 1960er-Jahren im Zuge von Algeriens regionaler Entwicklungspolitik, die das Innere und den Süden des Landes revitalisieren und neu besiedeln wollte. Vor allem seit den 1990er-Jahren wurde die Urbanisierung der algerischen Wüste wesentlich durch die Migrationsströme aus Subsahara-Afrika beschleunigt – so sind zum Beispiel von den ca. 100.000 Einwohner_innen der Stadt Tamanrasset 50 Prozent Einwander_innen aus Subsahara-Afrika, vor allem aus Mali und Niger (Brachet, Choplin und Pliez 2011; Spiga 2005).

Seit Anfang der 2000er-Jahre haben auch die Wirtschaftsliberalisierung Algeriens sowie die damit verbundenen bilateralen Wirtschaftsabkommen zu steigender Einwanderung geführt. Gemeinsam mit Investor_innen und Firmen aus Asien haben sich zahlreiche chinesische und indische Arbeiter_innen in Algerien niedergelassen, um im Bausektor und in der Stahlindustrie zu arbeiten, vor allem in höheren Positionen (Souiah 2011). Die chinesische Botschaft sprach 2014 von 40.000 chinesischen Arbeiter_innen in Algerien (Izouaouen 2015). Auch Einwander_innen aus Subsahara-Afrika arbeiten vermehrt in Sektoren wie Landwirtschaft, Bau, Tourismus sowie als Hausangestellte.



Marokko: Steigende Arbeitsmigration und Geflüchtetenzahlen

In Marokko hat die Volkszählung 2014 86.200 legale Migrant_innen gezählt; allerdings ist eine Gliederung nach Herkunftsländern nicht öffentlich verfügbar (HCP 2015). Laut Statistiken der Marokkanischen Generaldirektion der Nationalen Sicherheit von 2012 sind die meisten legalen Migrant_innen Französ_innen (29 Prozent), gefolgt von Algerier_innen (13 Prozent). Länder wie Senegal, Mauretanien, Italien, die Türkei, die USA und China sind jeweils mit 1.500 bis 3.000 Einwander_innen vertreten (Fargues 2013: 173). Auch hier sind die Statistiken fragwürdig, da zum Beispiel das französische Konsulat Ende 2013 schon knapp 47.000 Französ_innen in Marokko registriert hatte (Therrien und Pellegrini 2015).

Einige Trends werden jedoch auch aus den unvollständigen Statistiken sichtbar: Erstens steigt die (teilweise irreguläre) Arbeitsmigration aus Europa, vorwiegend aus Frankreich und Spanien, auch wenn diese nicht Gegenstand öffentlicher und politischer Diskussionen in Marokko ist. Zweitens ist im Vergleich zur marokkanischen Volkszählung im Jahr 2004 der Anteil an Einwander_innen aus Subsahara-Afrika deutlich gestiegen, von ca. 10 Prozent auf knapp 25 Prozent (HCP 2009). Dies spiegelt sich auch auf dem Arbeitsmarkt wider, in dem einige Branchen vermehrt und bevorzugt Migrant_innen aus Subsahara-Afrika einstellen. Dies ist der Fall im Bauwesen und in der Hausarbeit, aber auch im französischsprachigen Journalismus und in den aus Europa ausgelagerten Callcentern, die in Marokko mittlerweile zehntausende Beschäftigte vorweisen (Peraldi 2011). Drittens sind in den letzten Jahren tausende syrische Geflüchtete in Marokko eingetroffen – entweder um dort beim UNHCR Asyl zu beantragen oder um über die zwei spanischen Enklaven Ceuta und Melilla im Norden Marokkos die EU zu erreichen (Bailleul 2015).

Tunesien: Neue Migrationsdynamiken als Konsequenz regionaler Unruhen

Tunesien registrierte in der Volkszählung 2014 ca. 53.500 Ausländer_innen (0,48 Prozent der Bevölkerung). Die Mehrheit stammt aus dem Maghreb (53 Prozent), vor allem aus Algerien und Libyen, gefolgt von Europäer_innen (28 Prozent), in erster Linie aus Frankreich. Die meisten dieser Einwander_innen sind Hochschul- oder Universi-

tätsabsolvent_innen und arbeiten in höher qualifizierten Berufen. Seit der letzten Volkszählung 2004 ist aufgrund der Krisen in der Region auch die Anzahl der Migrant_innen und Geflüchteten aus Subsahara-Afrika gestiegen, von etwa 8 Prozent auf ca. 15 Prozent (INS 2015).

Eine neue Entwicklung seit der Revolution 2011 sind die steigenden Zahlen von Geflüchteten. Rund 300.000 Menschen sind Anfang 2011 von Libyen nach Tunesien geflohen – darunter viele libysche Familien mit sozialem Netz in Tunesien sowie in Libyen lebende Tunesier_innen. Hier zeigt sich auch, dass die Volkszählung nur ein Teilbild der Einwanderung nach Tunesien ist – vor allem die Zahl der Libyer_innen ist sehr umstritten. Da viele Libyer_innen temporär in Tunesien leben, häufig ein- und ausreisen und darum meist nur über ein Touristenvisum verfügen, schwanken die Zahlen zwischen 150.000 und über einer Million (Boubakri 2015). Im Alltag sind die libyschen Migrant_innen jedoch sichtbar: Während Libyer_innen in der Vergangenheit oft die private Gesundheitsversorgung in Tunesien nutzten, sind sie nun vermehrt auf das öffentliche Gesundheitssystem angewiesen. Auch wurden vom libyschen Staat in den letzten Jahren eigene Schulen in Tunesien errichtet, um den Bedürfnissen der nach Tunesien Geflüchteten nachzukommen.

Von den zahlreichen Migrant_innen, die in Libyen gearbeitet haben und seit 2011 vor der politischen Krise ins benachbarte Tunesien geflohen sind, sind die meisten Ägypter_innen, Nigerianer_innen, Sudanese_innen und Tschader_innen rasch weitergezogen oder in ihre Herkunftsländer zurückgekehrt (IOM 2011). Arbeiter_innen und Geflüchtete aus Somalia, Eritrea oder anderen Krisengebieten konnten jedoch nicht in ihre Herkunftsländer zurückkehren und sind in Tunesien geblieben, auch wenn sich diese Entwicklungen noch nicht in den Statistiken des UNHCR widerspiegeln. Teilweise haben sie sich in den improvisierten Lagern für Geflüchtete an der tunesisch-libyschen Grenze, teilweise in Tunis oder den Städten im Südosten Tunesiens niedergelassen (Boubakri 2013). Hinzu kommt die wachsende Zahl syrischer Geflüchteter.

»Transitmigration« und Schlepperwesen: Mythos und Realität

Trotz der vielfältigen Einwanderungsbewegungen in die Maghreb-Staaten konzentriert sich die europäische Debatte in erster Linie auf die sogenannte »Transit-



migration«¹⁰ von Afrika nach Europa. In der Tat führen viele Migrationswege durch die drei Maghreb-Staaten – so etwa die zentrale Achse zwischen Agadez (Niger), Tamanrasset (Algerien) und Oujda (Marokko) Richtung Spanien via Ceuta und Melilla oder über Tunis (Tunesien) Richtung Italien via Lampedusa und Sizilien. Die Intensivierung europäischer Grenzkontrollen führt regelmäßig zu einer Verschiebung der Migrationswege, meist hin zu längeren, teureren und gefährlicheren Strecken – so wurde vor allem nach 2001 die westliche Route über Dakar (Senegal), Nouadhibou (Mauretanien) und die Westsahara (Marokko) in Richtung der spanischen Kanarischen Inseln attraktiver (de Haas 2007a).

Allerdings wird bei der Diskussion über »Transit« oft die Komplexität der Realität ausgeklammert: So heißt es beispielsweise häufig, dass alle im Maghreb lebenden Afrikaner_innen automatisch Transitmigrant_innen seien, auch wenn für einen Großteil von ihnen der Maghreb das geplante oder de facto Zielland ist (Cherti und Grant 2013). Entgegen des Klischees der Armutsmigration sind die Migrant_innen aus Subsahara-Afrika zudem meist Vertreter_innen der Mittelschicht, haben Hochschulabschlüsse oder hatten in ihrem Heimatland einen festen Beruf, bevor sie ausgewandert sind (Bredeloup und Pliez 2005; de Haas 2007a). Die Kosten einer Auswanderung ins Ausland sind so hoch, dass sie den ärmsten Bevölkerungsschichten als Option gar nicht offensteht. Laut einer Studie in Marokko haben Einwander_innen aus Subsahara-Afrika mehrere Monats-, wenn nicht sogar Jahresdurchschnittsgehälter ihres Ursprungslandes darauf verwendet, ihre Reise zu finanzieren (Collyer 2006). Aus diesen Gründen ist internationale Migration meist auch keine spontane Verzweiflungstat, sondern im Gegenteil eine wohlüberlegte Familienstrategie.

In der Diskussion um »Transitmigration« wird der Fokus stets auch auf Schlepperei gelegt, um die restriktive und sicherheitsfokussierte Politik der Zielländer zu rechtfertigen. Doch auch wenn Schlepperei ein weit verbreitetes Phänomen ist, so leugnet diese Charakterisierung der Migrant_innen als Opfer, dass diese in erster Linie autonome Subjekte sind, die gemäß eigener Ziele handeln. Auch agieren Schlepper_innen entgegen weit verbreiteter Annahmen meist lokal und

punktuell und sind nicht Teil internationaler krimineller Netzwerke. Schlepperei ist somit keine Ursache irregulärer Migration, sondern nicht zuletzt eine Konsequenz geschlossener Grenzen und restriktiver Einwanderungspolitik (Alioua 2011; Brachet 2005).

4.2 Die Migrationspolitik der Maghreb-Staaten als innen- und außenpolitisches Instrument

Vom *laissez-faire* zur Restriktion

Angesichts der steigenden Einwanderungszahlen und deren innen- und außenpolitischer Relevanz haben alle drei Maghreb-Staaten im Laufe der letzten Jahre ihre Einwanderungspolitik erneuert. Marokko hat 2003, Tunesien 2004 und Algerien 2008 ein neues Einwanderungsgesetz erlassen (Perrin 2009; Planes-Boissac et al. 2010). In allen drei Fällen haben diese Gesetze die alte *laissez-faire*-Politik, die Einwanderung in erster Linie ignoriert, wenn nicht sogar geleugnet hat, durch einen restriktiven Zugang ersetzt. Irreguläre Ein- und Auswanderung wurde strafbar und Kontrollen an den nördlichen und südlichen Außengrenzen zumindest zeitweise aufgestockt.

Diese Gesetze wurden gemeinhin als eine Konsequenz des wachsenden diplomatischen Drucks vonseiten der EU gewertet, welche die Maghreb-Staaten seit den 1990er-Jahren dazu auffordert, stärker gegen irreguläre Migration vorzugehen. Doch auch wenn die EU in der Tat eine wichtige Rolle in der Ausarbeitung der Gesetze gespielt hat, so reduziert diese Sichtweise die Maghreb-Staaten zu passiven Ausführenden und verkennt ihre Interessen an dem politischen Richtungswechsel. Zum einen nutzen die Maghreb-Staaten Migration gegenüber der EU als Verhandlungsinstrument in Wirtschafts-, Entwicklungs- und sicherheitspolitischer Kooperation, genauso wie die europäische Seite. Zum anderen erfüllen die Einwanderungsgesetze auch einen innenpolitischen Nutzen, da sie es den Maghreb-Staaten ermöglichen, den Fokus von der irregulären Auswanderung ihrer Staatsbürger_innen hin zur sogenannten »Transitmigration« aus Subsahara-Afrika zu lenken (Natter 2014b). Das Gleiche gilt natürlich für die Staaten West- und Subsahara-Afrikas, die alles andere als passive Rezipienten europäischer Politik sind und in denen ebenso komplexe Zusammenhänge die nationalen Prioritäten der Migrationspolitik definieren.

10. Für eine kritische Diskussion des Begriffs »Transitmigration«, siehe Düvell (2012).



Marokkos neue Einwanderungsagenda seit 2013

Im Gegensatz zu Tunesien und Algerien hat Marokko jedoch 2013 einen unerwarteten politischen Schwenk vollzogen und eine liberalere Einwanderungspolitik ausgerufen, deren Herzstück eine Regularisierungskampagne war. Diese hat 2014 und 2015 nahezu 28.000 irregulären Einwander_innen, hauptsächlich aus dem Senegal, Syrien, Nigeria und der Elfenbeinküste, aber auch aus Europa und Asien, einen Aufenthaltsstatus gewährt (CNDH 2015; FIDH/Gadem 2015).

Zudem sind momentan weitere Gesetze in Ausarbeitung, unter anderem zur Integration und Schaffung eines nationalen Systems zur Anerkennung von Geflüchteten. Letzteres steht schon seit Jahren auf der politischen Agenda – nicht nur in Marokko, sondern auch in Tunesien. Bis jetzt ist in den drei Maghreb-Staaten das UNHCR für die Anerkennung von Geflüchteten zuständig, was dazu führt, dass Schutz und Lebensstandard von Geflüchteten oft nicht garantiert werden können.

Auch wenn noch unzureichend umgesetzt, so weist die neue marokkanische Migrationsagenda zumindest auf dem Papier in eine viel versprechende Richtung. Einerseits wird sie als Zeichen einer aktiven Afrikapolitik Marokkos gewertet, denn eine systematische Verletzung der Rechte von Einwander_innen in Marokko ist auf Dauer nicht mit den wirtschaftlichen und politischen Interessen Marokkos in Westafrika zu vereinbaren (Bensaâd 2015; Cherti und Collyer 2015). Die jüngste Ankündigung Marokkos, der Afrikanischen Union beitreten zu wollen, in der es aufgrund der Westsahara-Problematik bislang nicht Mitglied ist, unterstreicht diesen Trend.

Andererseits kann die wachsende Akzeptanz der Einwanderung auf offizieller Ebene auch im Kontext der allgemeinen politischen Liberalisierung Marokkos gedeutet werden, die es allmählich möglich macht, Themen wie Diversität, Herkunft und Identität öffentlich zu diskutieren. Dennoch dürfen diesbezüglich keine vorläufigen Schlüsse gezogen werden. Neben der von König Mohammed VI. initiierten politischen Öffnung zur Migration besteht parallel weiterhin Willkür gegenüber Migrant_innen auf gesellschaftlicher und institutioneller Ebene. Darüber hinaus gibt es immer noch ein rechtliches Vakuum in Bezug auf soziale und ökonomische Rechte von Einwander_innen (Natter 2015a).

Die EU und der Maghreb: Interessenkonflikte in der Migrationskooperation

Die Kooperation zur sogenannten »Transitmigration« zwischen der EU und den Maghreb-Staaten ist spätestens seit Mitte der 1990er-Jahre voll im Gange. Wichtige Bestandteile sind technische Kooperation im Bereich des Grenzschutzes – durch Verbindungsbeamte_innen in Polizei und Administration und finanzielle Unterstützung zur technologischen Aufrüstung – sowie politische Verhandlungen zu Themen wie Rückführung, Entwicklungshilfe und Visaerleichterungen (Boswell 2003; Carrera et al. 2016; Cassarino 2014). Allerdings stehen in diesen Bereichen meist die Interessen und Ziele der europäischen Verhandlungspartner im Vordergrund. Der Fokus richtet sich auf die Frage, wie die Maghreb-Staaten dazu beitragen können, die Verlagerung der EU-Einwanderungspolitik an die EU-Außengrenzen voranzutreiben.

Zwar ist vielerorts die Erkenntnis angekommen, dass Kooperation nur dann zustande kommt, wenn auch die Interessen der Maghreb-Staaten mit einbezogen werden. Allerdings werden diese oft falsch eingeschätzt und vor allem unzureichend in den größeren regionalen Kontext gestellt. Selbstverständlich spielen finanzielle Anreize durch Entwicklungshilfe, die Vertiefung wirtschaftlicher Kooperation sowie legale Migrationsmöglichkeiten für die Staatsbürger_innen des Maghreb in diesen Verhandlungen eine große Rolle. Auch das Interesse der Maghreb-Staaten, als zuverlässige – und im Falle Marokkos und Tunesiens auch als »progressive« und »liberale« – Verhandlungspartner wahrgenommen zu werden, ist von Bedeutung.

Anderen innen- und außenpolitischen Interessen der Maghreb-Staaten wird jedoch zu wenig Beachtung geschenkt. Dazu zählen die geopolitischen und wirtschaftlichen Interessen Marokkos in Westafrika, die enge Zusammenarbeit Marokkos und Tunesiens mit den USA oder die Wirtschaftskooperation Algeriens mit China. So ist die EU nicht der einzige internationale Akteur, der im Maghreb die Migrationspolitik mitzugestalten versucht. Auch wird die Bedeutung der Migrationsfrage für den Wettstreit zwischen Marokko und Algerien um die geopolitische Vorherrschaft in der Region sowie für die interne politische Stabilität der Maghreb-Staaten unterschätzt. Die wirtschaftlichen und politischen Interessen der Maghreb-Staaten in Subsahara- und Westafrika erklären auch, warum Algerien, Marokko und Tunesien



bis heute noch keine Reisevisa für wichtige afrikanische Herkunftsstaaten eingeführt haben und nicht bereit sind, Rückführungsabkommen abzuschließen und umzusetzen, die Angehörige von Drittstaaten umfassen.¹¹ Die Verhandlungen zwischen Marokko und der EU sind dabei symbolträchtig – seit 15 Jahren wird erfolglos verhandelt.

Die Mobilitätspartnerschaften, die Marokko (2013) und Tunesien (2014) in den letzten Jahren mit einigen EU-Staaten eingegangen sind, bilden dabei keine Ausnahme. Anstatt mit der Einseitigkeit der Interessenpolitik zu brechen, führen diese die europäische Politik der letzten Jahrzehnte weiter (Carrera et al. 2016; Cassarino 2014; Limam und Del Sarto 2015). Im Zentrum dieser Dokumente steht die Weiterführung von Verhandlungen zu einem Rückführungsabkommen, das auch Angehörige von Drittstaaten umfasst, sowie zu (selektiven) Visaerleichterungen für marokkanische und tunesische Staatsbürger_innen. Ebenfalls Teil der Abkommen ist eine Vertiefung der Kooperationen im Bereich des Grenzschutzes und der fachlichen Unterstützung bei der Ausarbeitung neuer migrationspolitischer Strategien im Maghreb. Ein wirklicher Richtungswechsel in der Migrationskooperation, der die Interessen der Maghreb-Staaten wahrnimmt, Menschenrechte sowohl in Europa als auch im Maghreb in den Vordergrund stellt und die Wechselwirkungen zwischen Migration und Entwicklung realistisch einschätzt, ist somit nicht zu beobachten.

4.3 Migration und Integration als Herausforderung für die Gesellschaften des Maghreb

Während auf politischer und diplomatischer Ebene diskutiert und verhandelt wird, verändert die wachsende Präsenz von Ausländer_innen in den großen maghrebini-schen Städten – Algier und Oran in Algerien, Rabat und Casablanca in Marokko, Tunis und kleinere Städte im Südosten Tunesiens – kontinuierlich die sozialen Strukturen der Länder: Die Einwander_innen aus Subsahara-Afrika, Asien und Europa bringen ihre Religionen, Traditionen, Sprachen und Lebensweisen mit, die sich teilweise sehr von den nationalen Identitäten der maghrebini-

schen Gesellschaften unterscheiden. Dies bringt Fragen wie die Akzeptanz von Vielfalt und Diversität auf die Tagesordnung und führt dazu, dass sich Algerien, Marokko und Tunesien seit Kurzem mit ähnlichen Themen auseinandersetzen wie Europa in den letzten Jahrzehnten. Als Reaktion tritt vor allem in Marokko und Tunesien zunehmend die Zivilgesellschaft für die Rechte der Einwander_innen ein und engagiert sich in lokalen Integrationsinitiativen. Andererseits sind jedoch auch alltägliche Diskriminierung von und Rassismus gegenüber Einwander_innen in den drei Maghreb-Staaten zu beobachten.

Prekarität, Diskriminierung und Gewalt im Alltag

In der Tat ruft Einwanderung Bedenken und Ängste hervor, wie wir sie auch aus Europa kennen – Arbeitsmarktkonkurrenz, kulturelle und religiöse Unterschiede (die wachsende Einwanderung aus Westafrika hat zu einer Neubelebung der Kirchen in Nordafrika geführt) sowie Sicherheitsbedenken in Bezug auf Terror sind auch in den Maghreb-Staaten Thema, wenn es um Einwanderung geht. Die Medien tragen ihren Teil zu dieser Stigmatisierung bei, da oft recht undifferenziert über die Ursachen und Konsequenzen der Einwanderung berichtet wird und der Fokus meist ausschließlich auf Migration aus Subsahara-Afrika liegt (Vignati 2009).

Dies führt zu wachsender Diskriminierung und offenem Rassismus gegenüber Einwander_innen aus Subsahara im öffentlichen Raum und regelmäßig auch zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Ortsansässigen und Ausländer_innen (de Haas 2007a). Besonders tragisch waren die Ereignisse im Sommer 2014, als Migrant_innen aus Subsahara-Afrika im Stadtteil Boukhalef in Tanger von Marokkaner_innen mit Macheten attackiert wurden (Capron 2014). Auch in Tunesien ist es in den letzten Jahren zu Zwischenfällen gekommen; dabei waren vermehrt Student_innen aus Subsahara-Afrika Ziel von Gewalt und Ausgrenzung (Lefébure 2013). In Marokko und Algerien sind Migrant_innen aus Subsahara-Afrika zudem teilweise der Willkür und physischen Gewalt vonseiten der Behörden ausgesetzt, zum Beispiel im Zuge von Festnahmen, Abschiebungen oder Wohnungsdurchsuchungen (Cimade 2008; FIDH/Gadem 2015).

Zu dieser fragilen rechtlichen Lage kommt hinzu, dass die wirtschaftliche und soziale Situation vieler Migrant_innen im Maghreb sehr prekär ist. Zwar gilt dies bei Weitem nicht

11. In der Diskussion um Rückführungsabkommen wird oft ausgeblendet, dass selbst existierende Rückführungsabkommen nur limitierten Nutzen haben. Dies hängt damit zusammen, dass Abschiebungen mit hohen Kosten verbunden und schwer zu realisieren sind, da ihnen oft ein langer bürokratischer Prozess vorangeht, in dem die diversen involvierten Parteien nicht effektiv kooperieren (Cassarino 2007).



für alle Einwanderungsgruppen – wie schon erwähnt sind Migrant_innen aus Subsahara-Afrika meist Vertreter_innen der Mittelschicht. Jedoch führt für viele der fehlende Zugang zum legalen Arbeits- und Wohnungsmarkt zu höheren Risiken, von Arbeitgeber_innen und Vermieter_innen ausgebeutet zu werden oder in gesundheitsschädlichen Konditionen leben und arbeiten zu müssen (Cherti und Grant 2013). Wenn auch nicht ausschlaggebend, ist dies oft einer der Beweggründe für Migrant_innen, in ihre Heimatländer zurückzukehren oder weiterzuziehen – in ein anderes Maghreb-Land oder nach Europa.

Wachsendes Engagement der maghrebinischen Zivilgesellschaften

Als Antwort auf diese Formen der Willkür und Ausgrenzung durch Teile der Gesellschaft sowie vonseiten staatlicher Akteure setzt sich die Zivilgesellschaft vor allem in Marokko und Tunesien vermehrt für Migrant_innen im Maghreb ein. Dies ist ein relativ neues Phänomen: In Marokko hat sich zwar schon seit Ende der 1990er-Jahre eine aktive Zivilgesellschaft aufgebaut. Diese beschäftigt sich aber erst seit 2005 mit Einwanderung – bekannt sind vor allem die *Groupe antiraciste d'Accompagnement et de Défense des Etrangers et Migrants* (GADEM) und die *Association des amis et familles des victimes de l'immigration clandestine* (AFVIC). Auch sind zahlreiche Vereine von Arbeiter_innen und Student_innen aus Subsahara-Afrika entstanden, die sich für mehr Rechte der Einwander_innen einsetzen und das restriktive, teils sehr gewaltsame Vorgehen gegenüber Migrant_innen anprangern – wie beispielsweise der *Conseil des migrants subsahariens au Maroc* (CMSM) und das *Collectif des communautés subsahariennes au Maroc* (CCSM) (AMERM 2009; Üstübici 2016).

In Tunesien hat die Zivilgesellschaft erst nach der Revolution 2011 Migration als Thema für sich entdeckt. Dies war eine Reaktion auf die massiven Fluchtbewegungen aus Libyen nach Tunesien Anfang 2011 sowie auf die allgemeine Liberalisierung des öffentlichen Raums, die dazu führten, dass die unter dem Ben-Ali-Regime geltenden Einschränkungen zur Arbeit von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) wegfielen. Vor allem in den Grenzregionen mit Libyen und rund um das Geflüchtetenlager Choucha im Südosten Tunesiens hat sich die Bevölkerung engagiert, um die Grundbedürfnisse der Ankommenden zu decken. Wichtige Akteure hier sind

das *Forum tunisien des droits économiques et sociaux* (FTDES), die *Ligue Tunisienne des Droits de l'Homme* (LTDH) sowie das wissenschaftlicher ausgerichtete *Centre de Tunis pour la Migration et l'Asile* (CeTuMa) (Bartels 2015; Boubakri 2013).

Auch Gewerkschaften spielen im Maghreb in der Migrationsdebatte zunehmend eine wichtigere Rolle, da sie sich in den letzten Jahren immer stärker für die Rechte von ausländischen Arbeitnehmer_innen engagiert haben und über politisches Gewicht verfügen. Zu erwähnen sind hier in Tunesien die *Union Générale Tunisienne du Travail* (UGTT) und in Marokko das 2012 im Rahmen der *Union Démocratique du Travail* (UDT) gegründete *Collectif des travailleurs immigrés du Maroc*, die sowohl legale als auch irreguläre Arbeitsmigrant_innen vertreten (Bustos et al. 2011; Üstübici 2016). In Algerien kann am wenigsten von einer funktionierenden Zivilgesellschaft gesprochen werden, auch wenn es seit einigen Jahren Aktivist_innen und NGOs gibt, die sich mit dem Thema Migration befassen (ICMPD 2013).

Die jungen zivilgesellschaftlichen Akteure in Algerien, Marokko und Tunesien können auf eine Tradition des politischen Aktivismus ihrer Mitbürger_innen im Ausland – vor allem in Frankreich – zurückblicken. Maghrebinische Auswander_innen haben sich seit den 1960er-Jahren in Frankreich politisch und gewerkschaftlich organisiert. Der Fokus lag mit der Forderung nach ökonomischen, sozialen und politischen Rechten traditionell eher auf der Integration in Europa. Jedoch wurden seit den 1990er-Jahren auch viele NGOs und Vereine gegründet, die zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung des Herkunftslandes beitragen wollen (Lacroix 2013; Sahraoui 2015).

Diese europäischen NGOs sind heute wichtige Verbündete der lokalen Zivilgesellschaft in den Maghreb-Staaten. Gemeinsam haben einige von ihnen den Widerspruch in der offiziellen Politik der Maghreb-Staaten hervorgehoben, zwischen den diplomatischen Bemühungen, mehr Rechte für maghrebinische Migrant_innen in Europa zu erreichen, und dem unzureichenden Schutz der Rechte von Einwander_innen in Algerien, Marokko und Tunesien. Die aufkommenden Bemühungen der Maghreb-Staaten, sich mit den Rechten und der Integration von Einwander_innen in ihren Ländern zu beschäftigen, können unter anderem auch auf dieses rege zivilgesellschaftliche Engagement zurückgeführt werden (Bensaâd 2015).



5. Fazit: Zukunftsszenarien und Handlungsspielräume

Migration als wesentlicher Bestandteil gesellschaftlicher Entwicklungen

Die drei Maghreb-Staaten Algerien, Marokko und Tunesien sind sowohl von kontinuierlich zunehmender Auswanderung als auch von wachsender Einwanderung gekennzeichnet. Auf den ersten Blick scheint dies widersprüchlich: Warum lassen sich Menschen in Ländern nieder, die von den eigenen Staatsbürger_innen verlassen werden? Diese Frage verkennt jedoch die Tatsache, dass Migration nicht eine Abweichung von der Norm, sondern ein struktureller Bestandteil von sozialen, wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen in Herkunfts- und Zielländern ist. Entgegen der weit verbreiteten Annahmen führt Entwicklung meist nicht zu weniger Migration; im Gegenteil fördert sie im Allgemeinen sowohl individuelle Migrationsbestrebungen als auch die Möglichkeiten, diese zu verwirklichen.

Gepaart mit dem generellen Anstieg des Bildungsniveaus im Maghreb und der globalen Vernetzung durch soziale Netzwerke und günstige Transportmittel weisen hohe Jugendarbeitslosigkeit und unklare politische Verhältnisse darauf hin, dass das Potenzial an Auswander_innen aus den Maghreb-Staaten immer noch groß ist. Auf europäischer Seite hat die globale Wirtschaftskrise seit 2008 zwar zu einem temporären Abflauen der Einwanderung geführt, jedoch blieben die Auswirkungen auf grundlegendere Migrationstrends und vor allem auf die Zahl der Rückkehrer_innen aus. Die starke Segmentierung des europäischen Arbeitsmarktes führt dazu, dass trotz Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit in Europa die strukturelle Nachfrage nach ausländischen Arbeitskräften nicht notwendigerweise abgenommen hat. Übereilte Schlussfolgerungen sind jedoch nicht angebracht, da die Zukunft der Auswanderung aus dem Maghreb sehr stark mit den nationalen und auch regionalen Entwicklungen in Europa und dem Maghreb zusammenhängt – die schwer vorhersehbar sind.

Auch inwiefern sich die drei Maghreb-Staaten in den nächsten ein bis zwei Jahrzehnten zu neuen Einwanderungsländern entwickeln werden, ist noch ungewiss. Klar ist jedoch, dass die Einschätzung der Migration von Subsahara-Afrika nach Nordafrika als »Transitmigration« zunehmend die Realität verfehlt. Die wirtschaftliche und

demografische Entwicklung Algeriens, Marokkos und Tunesiens deutet auf eine wachsende Divergenz zwischen Angebot und Nachfrage am Arbeitsmarkt hin, die eventuell vermehrt durch Arbeitsmigrant_innen ausgeglichen werden wird. Zudem konfrontiert die Präsenz von Einwander_innen im Maghreb die Gesellschaften zunehmend mit Fragen der Diversität, Diskriminierung, religiösen und kulturellen Freiheit sowie der nationalen Identität. Die sukzessive Liberalisierung Marokkos sowie die Demokratisierung in Tunesien erfordern indirekt, dass Migrationspolitik nicht mehr nur mit den geopolitischen und wirtschaftlichen Interessen der Regime vereinbart, sondern mehr und mehr auch den Ansprüchen der Zivilgesellschaften gerecht werden muss. Im autokratischeren Algerien sieht die Situation etwas anders aus; allerdings besteht auch hier langfristig die Chance für eine limitierte Öffnung.

Welcher Handlungsspielraum für Migrationspolitik?

Faktoren wie marktwirtschaftliche Liberalisierung, steigendes Bildungsniveau, Krieg und Verfolgung in den Herkunftsländern sowie die Nachfrage eines segmentierten Arbeitsmarktes, rechtsstaatlich garantierte Menschenrechte und familiäre Netze in den Zielländern machen Migration für immer mehr Menschen zu einem erstrebenswerten – und auch erreichbaren – Ziel. Spezifische politische Maßnahmen sowohl in Herkunfts- als auch in Zielländern können diese strukturellen Ursachen von Migration nicht außer Kraft setzen.

Deshalb ist eine Migrationspolitik, die das »Problem« Migration entgegen gesellschaftlicher Entwicklungen und Migrationsbestrebungen des Einzelnen zu »lösen« sucht, zum Scheitern verurteilt. Das Aufkommen irregulärer Migration aus den Maghreb-Staaten in den 1990er-Jahren ist ein klares Beispiel für die unerwarteten und teils kontraproduktiven Auswirkungen der restriktiven Einwanderungsbestimmungen und intensiven Grenzkontrollen an Europas Außengrenzen. Anstatt Migration einzudämmen, haben diese in erster Linie dazu geführt, dass Migrationsrouten länger, teurer, gefährlicher und zuletzt auch immer tödlicher geworden sind. Auch die aktuelle Debatte in Deutschland um die Einstufung von Algerien, Marokko und Tunesien als »sichere Herkunftsländer« ist nicht zielführend, wenn man die Erfahrungswerte von anderen Rückführungsabkommen in Betracht zieht.



Bisher beschränkt sich der europäische Diskurs zur Migrationspolitik in den Maghreb-Staaten hauptsächlich auf europäische Interessen. Marokkos Westafrikapolitik, Algeriens intensive Wirtschaftskooperation mit China sowie innenpolitische Entwicklungen wie die Entstehung einer aktiven Zivilgesellschaft in Marokko und Tunesien im Laufe der letzten Jahre werden hierbei meist ausgeklammert. Um jedoch zu verstehen, inwieweit europäische Staaten in Zusammenarbeit mit den

Maghreb-Staaten Migrationsströme steuern können, ist ein gründliches Verständnis der Interessen und Strategien unterschiedlichster Akteure auf beiden Seiten des Mittelmeers notwendig. Eine realistische Einschätzung des geopolitischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Kontextes, in dem Migrationspolitik entwickelt und umgesetzt werden soll, bringt zudem neue Handlungsspielräume mit sich. Der erste Schritt in diese Richtung beginnt mit einem Perspektivwechsel.

- Alioua, Mehdi** (2011): »L'étape marocaine des transmigrants subsahariens en route vers l'Europe : l'épreuve de la construction des réseaux et de leurs territoires«, in: *Political Science*, Toulouse, France: Université Toulouse le Mirail – Toulouse II.
- AMERM** (2009): *Le tissu associatif et le traitement de la question migratoire au Maroc*, Rabat, Morocco: Association marocaine d'Études et de Recherche en Migrations.
- APS** (2014): »Quelque 140.000 travailleurs étrangers de 125 nationalités sur le marché du travail algérien (ministre)«, in: *Algérie Press Service (APS), Maghreb Emergent*.
- Bailleul, Adeline** (2015): »Réfugiés syriens au Maroc: L'exil pour survivre«, in: *Huffington Post – Maroc*.
- BAMF** (2016): »Migrationsbericht 2014«, Nürnberg, Deutschland: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF).
- Bartels, Inke** (2015): »Reconfiguration of Tunisian Migration Politics after the ›Arab Spring‹ – The Role of Young Civil Society Movements«, in: *Youth, Revolt, Recognition – The Young Generation during and after the ›Arab Spring‹*, edited by Isabel Schäfer, Berlin, DE: Mediterranean Institute Berlin.
- Bensaâd, Ali** (2002): »La grande migration africaine à travers le Sahara«, in: *Méditerranée* 99 (3–4): 41–52.
- (2009): »L'immigration en Algérie. Une réalité prégnante et son occultation«, in: *Le Maghreb à l'épreuve des migrations subsahariennes. Immigration sur émigration*, edited by Ali Bensaâd, Paris, France: Editions Karthala, pp. 15–42.
- (2015): »L'immigration subsaharienne au Maghreb. Le Maroc entre dans le deuxième âge«, in: *Migrations en Méditerranée : Permanences et mutations à l'heure des révolutions et des crises*, edited by Camille Schmoll, Helene Thiollet, and Catherine Wihl de Wenden, Paris, France: CNRS Editions, pp. 241–256.
- Boswell, Christina** (2003): »The ›external dimension‹ of EU immigration and asylum policy«, in: *International Affairs* 79 (3): 619–638.
- Boubakri, Hassen** (2010): *Tunisie: Migration, marché du travail et développement*, Geneva, Switzerland: International Labor Organization (ILO).
- (2013): *Revolution and International Migration in Tunisia*, Florence, Italy: European University Institute, Robert Schuman Centre for Advanced Studies, Migration Policy Center (MPC).
- (2015): »Migration et asile en Tunisie depuis 2011: vers de nouvelles figures migratoires?«, in: *Revue Européenne des Migrations Internationales* 31 (3–4): 17–39.
- Brachet, Julien** (2005): »Migrants, transporteurs et agents de l'État : rencontre sur l'axe Agadez-Sebha«, in: *Autrepart* 36 (4): 43–62.
- Brachet, Julien / Choplin, Armelle / Pliez, Olivier** (2011): »Le Sahara entre espace de circulation et frontière migratoire de l'Europe«, in: *Hérodote* 142 (3): 163–182.
- Brand, Laurie A.** (2002): *States and Their Expatriates: Explaining the Development of Tunisian and Moroccan Emigration-Related Institutions*, San Diego, CA: The Center for Comparative Immigration Studies (CCIS).
- Bredeloup, Sylvie / Pliez, Olivier** (2005): »Migrations entre les deux rives du Sahara«, in: *Autrepart* 36 (4): 3–20.
- Bustos, Rafael / Orozco, Olivia / Witte, Lothar / Melzer, Ralf** (2011): *Le Maghreb et les migrations subsahariennes – Le rôle des associations et des syndicats*, Tunis, Tunisia: Fondation Friedrich Ebert.
- Capron, Alexandre** (2014): »À Tanger, des Noirs africains attaqués à la machette«, in: *France24 – Les Observateurs*.
- Carrera, Sergio / Cassarino, Jean-Pierre / El Qadim, Nora / Lahlou, Mehdi / den Hertog, Leonhard** (2016): »EU-Morocco Cooperation on Readmission, Borders and Protection: A Model to Follow?«, in: *CEPS Paper in Liberty and Security Nr. 87*, Brussels, Belgium: Centre for European Policy Studies (CEPS).
- Cassarino, Jean-Pierre** (2007): »Informalising Readmission Agreements in the EU Neighbourhood«, in: *The International Spectator* 42 (2): 179–196.
- (2014): »Channelled Policy Transfers: EU-Tunisia Interactions on Migration Matters«, in: *European Journal of Migration and Law* 16: 97–123.
- Cherti, Myriam / Collyer, Michael** (2015): »Immigration and Pensée d'État: Moroccan Migration Policy Changes as Transformation of ›Geopolitical Culture‹«, in: *Journal of North African Studies* 20 (4): 590–604.
- Cherti, Myriam / Grant, Peter** (2013): *The Myth of Transit: Sub-Saharan Migration in Morocco*, London, UK: Institute for Public Policy Research (IPPR).
- Cimade** (2008): *Maroc, Algérie, Mali, Sénégal, Mauritanie – Pays d'émigration, de transit et de blocage. Etat des lieux de la situation des migrants en 2008*, Paris, France: La Cimade.
- Clemens, Michael** (2014): »Does Development Reduce Migration?«, in: *CGD Working Paper 359*, Washington, DC: Center for Global Development (CGD).
- CNDH** (2015): *Migration : La Commission nationale de recours adopte de nouvelles mesures permettant de régulariser 92% des étrangers ayant déposé des demandes de régularisation*, Rabat, Morocco: Conseil national des droits de l'Homme.
- Collyer, Michael** (2004): *FMO Country Guide: Algeria*, Forced Migration Online.
- (2006): »States of Insecurity: Consequences of Saharan Transit Migration«, in: *Working Paper No. 31*. Oxford, UK: Centre on Migration, Policy and Society (COMPAS), University of Oxford.
- de Haas, Hein** (2007a): *The Myth of Invasion: Irregular Migration from West Africa to the Maghreb and the European Union*, Oxford, UK: International Migration Institute, University of Oxford.
- (2007b): »North African Migration Systems: Evolution, Transformations and Development Linkages«, in: *IMI Working Paper 6*, Oxford, UK: International Migration Institute (IMI), University of Oxford.



- (2007c): »Turning the Tide? Why Development Will Not Stop Migration«, in: *Development and Change* 38 (5): 819–841.
- (2014): *Morocco: Setting the Stage for Becoming a Migration Transition Country?*, Washington, DC: Migration Policy Institute (MPI).
- DEMIG** (2015a): *DEMIG C2C, version 1.2, Full Internal Edition*, edited by University of Oxford International Migration Institute (IMI), Oxford, UK.
- (2015b): *DEMIG POLICY, version 1.3, Online Edition*, edited by University of Oxford International Migration Institute (IMI), Oxford, UK.
- (2015c): *DEMIG VISA, version 1.4, Full Internal Edition*, edited by University of Oxford International Migration Institute (IMI), Oxford, UK.
- Düvell, Franck** (2006): *Illegal Immigration in Europe: Beyond Control?* Houndmills, UK: Palgrave Macmillan.
- (2012): »Transit Migration: A Blurred and Politicised Concept«, in: *Population, Space and Place* 18: 415–427.
- Fargues, Philippe** (2004): »Arab Migration to Europe: Trends and Policies«, in: *International Migration Review* 38 (4): 1348–1371.
- (2013): »EU Neighbourhood Migration Report 2013«, Florence, Italy: Migration Policy Centre (MPC), European University Institute (EUI).
- Feenstra, Robert C. / Inklaar, Robert / Timmer, Marcel P.** (2013): *The Next Generation of the Penn World Table*; available for download at: www.ggd.net/pwt.
- FIDH / Gadem** (2015): *Maroc. Entre rafles et régularisation: Bilan d'une politique migratoire indécise*, Paris, France: Fédération internationale des ligues des droits de l'Homme (FIDH)/Le Groupe antiraciste d'accompagnement et de défense des étrangers et migrants (GADEM).
- Gubert, Flore / Nordman, Christophe J.** (2011): »Return Migration and Small Enterprise Development in the Maghreb«, in: *Diaspora for Development in Africa*, edited by Sonia Plaza and Dilip Ratha. Washington, DC: The International Bank for Reconstruction and Development, The World Bank, pp. 103–126.
- HCP** (2009): *Les résidents étrangers au Maroc*, Rabat, Morocco: Haut Commissariat au Plan (HCP).
- (2015): *Note sur les premiers résultats du Recensement Général de la Population et de l'Habitat 2014*, Rabat, Morocco: Haut Commissariat au Plan (HCP).
- ICMPD** (2013): *Contribution à la Connaissance des Flux Migratoires Mixtes, vers, à travers et de l'Algérie*, Vienna, Austria: International Center for Migration Policy Development (ICMPD).
- INS** (2015): *Recensement général de la Population et l'Habitat 2014*, Tunis, Tunisia: Institut National de la Statistique (INS).
- IOM** (2011): *Humanitarian Emergency Response to the Libyan Crisis - Seven-month Report on IOM's Response (28/2/2011-27/9/2011)*, Geneva, Switzerland: International Organization for Migration (IOM).
- Izouaouen, Noredine** (2015): *Près de 40 000 travailleurs chinois en Algérie*, in: *L'Eco News*.
- Jolivet, Dominique** (2015): »Times of Uncertainty in Europe: Migration Feedback Loops in Four Moroccan Regions«, in: *Journal of North African Studies* 20 (4): 553–572.
- Kritz, Mary M. / Lim, Lin L. / Zlotnik, Hania (Eds)** (1992): *International Migration Systems: A Global Approach*. Oxford, UK: Clarendon Press.
- Lacroix, Thomas** (2013): »Deux décennies de transnationalisme associatif : continuités et changement«, in: *Hommes et migrations* 1303: 101–110.
- Lahlou, Mehdi** (2011): *Le Maghreb dans son environnement régional et international : Un schéma migratoire reconfiguré, dans les faits et dans l'approche politique*, Paris, France: Ifri-Programme Migrations, identités, citoyenneté.
- Laouali, Souley Mahamadou / Meyer, Jean-Baptiste** (2012): »Le Maroc, pays d'accueil d'étudiants étrangers«, in: *Hommes et migrations* 1300: 114–123.
- Lefébure, Anaïs** (2013): »En Tunisie, les étudiants subsahariens dénoncent les discriminations«, in: *JOL Press*.
- Levantino, Antonina** (2015): »Mobilité qualifiée et étudiante au Sud et au Nord de la Méditerranée«, in: *Migrations en Méditerranée : Permanences et mutations à l'heure des révolutions et des crises*, edited by Camille Schmoll, Helene Thiollet, and Catherine Wihtol de Wenden. Paris, France: CNRS Editions, pp. 323–342.
- Limam, Mohamed / Del Sarto, Raffaella A.** (2015): *Periphery under Pressure: Morocco, Tunisia and the European Union's Mobility Partnership on Migration*, Florence, Italy: European University Institute, Robert Schuman Centre for Advanced Studies.
- Massey, Douglas S. / Durand, Jorge / Pren, Karen A.** (2016): »Why Border Enforcement Backfired«, in: *American Journal of Sociology* 121 (5): 1557–1600.
- Mazzella, Sylvie (Ed.)** (2009): *La mondialisation étudiante: le Maghreb entre Nord et Sud*. Paris, France: Karthala.
- Natter, Katharina** (2014a): *Fifty Years of Maghreb Emigration: How States Shaped Algerian, Moroccan and Tunisian Emigration*, Oxford, UK: International Migration Institute, University of Oxford.
- (2014b): »The Formation of Morocco's Policy Towards Irregular Migration (2000–2007): Political Rationale and Policy Processes«, in: *International Migration* 52(5): 15–28.
- (2015a): »Almost Home? Morocco's Incomplete Migration Reforms«, in: *World Politics Review*.
- (2015b): »Revolution and Political Transition in Tunisia: A Migration Game Changer«, in: *Migration Information Source*. Washington, DC: Migration Policy Institute.



- OTE/DIRP** (2012): *Répartition de la communauté tunisienne à l'étranger 2012*, Tunis, Tunisia: Office des Tunisien a l'Etranger (OTE), Direction de l'Information et des Relations Publiques (DIRP).
- Peraldi, Michel (Ed.)** (2011): *D'une Afrique à l'autre : Migrations subsahariennes au Maroc*. Paris, France: Karthala.
- Perrin, Delphine** (2009): *Immigration et création juridique au Maghreb: La fragmentation des mondes et des droits*, in: *Le Maghreb à l'épreuve des migrations subsahariennes*, edited by Ali Bensaâd. Paris, France: Karthala, pp. 245–265.
- Planes-Boissac, Véronique / André, Mathieu / Guillet, Sara / Sammakia, Nejla** (2010): *Study on Migration and Asylum in Maghreb Countries*, Copenhagen, Denmark: Euro-Mediterranean Human Rights Network (EMHRN).
- Pliez, Olivier** (2004): »De l'immigration au transit? La Libye dans l'espace migratoire euro-africain«, in: *La nouvelle Libye: Sociétés, espaces et géopolitique au lendemain de l'embargo*, edited by Olivier Pliez. Paris, France: Editions Karthala.
- Sahraoui, Nina** (2015): »Acquiring »voice« through »exit«: how Moroccan emigrants became a driving force of political and socio-economic change«, in: *Journal of North African Studies* 20 (4): 522–539.
- Souiah, Farida** (2011): »L'Algérie made by China«, in: *Méditerranée* 116: 139–143.
- Spiga, Sassia** (2005): »Aménageurs et migrants dans les villes du Grand Sud algérien«, in: *Autrepart* 36 (4): 81–103.
- Therrien, Catherine / Pellegrini, Chloé** (2015): »French Migrants in Morocco: From a Desire for Elsewhereness to an Ambivalent Reality«, in: *Journal of North African Studies* 20 (4): 605–621.
- UNHCR** (2016a): *Factsheet – Algeria*, January 2016.
- (2016b): *Factsheet – Morocco*, March 2016.
- (2016c): *Operational Update – Tunisia*, November/Dezember 2015.
- (2016d): *UNHCR Population Statistics Database*.
- Üstübcı, Aysen** (2016): »Political Activism Between Journey and Settlement: Irregular Migrant Mobilisation in Morocco«, in: *Geopolitics* 21(2): 303–324.
- Vignati, Davide** (2009): *Role, influence and use of the media in policy-making process for migration issues in sending and transit countries in the Mediterranean*, Geneva, Switzerland: Graduate Institute for International Studies of Geneva.
- World Bank** (2016a): *Migration and Remittances Factbook 2016*.
- (2016b): *Population Statistics*, edited by World Bank.



Über die Autorin

Katharina Natter ist Doktorandin an der Universität Amsterdam und arbeitet unter Leitung von Prof. Dr. Hein de Haas zur marokkanischen und tunesischen Einwanderungspolitik. Ihr Forschungsgebiet umfasst die Rolle von Staat und Politik in internationalen Migrationsprozessen, mit Schwerpunkt Europa und Nordafrika. Nach Abschluss des Magisters in Vergleichender Politikwissenschaft an der Universität Sciences Po in Paris (2012) war Katharina Natter u. a. von April 2013 bis Juni 2015 wissenschaftliche Mitarbeiterin am International Migration Institute (IMI) der Universität Oxford.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Naher/Mittlerer Osten und Nordafrika
Hiroshimastr. 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Dr. Ralf Hexel, Leiter, Referat Naher/Mittlerer Osten und Nordafrika

Tel.: +49-30-269-35-7421 | Fax: +49-30-269-35-9233
<http://www.fes.de/nahost>

Bestellungen/Kontakt:
info.nahost@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Diese Publikation wird auf Papier aus nachhaltiger Forstwirtschaft gedruckt.



ISBN 978-3-95861-555-7